

# Deutsche Freiheit

**Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands**

Nr. 234 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, den 9. Oktober 1934

Chefredakteur: M. Braun

**Die Aufstüftung  
der Reichswehr**  
Seite 2

**Rückgliederung bedeutet  
Verteuerung d. Lebenshaltung**  
Seite 3

**Der Aufstand in Spanien**  
Seite 8

## Illegaler Heldenkampf

### Ein Bericht aus dem unterirdischen Deutschland

Berlin, 7. Oktober.

Die täglichen Meldungen von politischen Verhaftungen und Hochverratsverfahren im „dritten Reich“ lassen erkennen, daß der Widerstand der Masse gegen die Hitler-Diktatur zu einer immer größeren Gefahr für das Regime wird und daß die revolutionären antifaschistischen Kämpfer in Deutschland sich auch durch den mörderischen Terror der Gestapo und der SS nicht abschrecken, durch Spitzelkriege und Verrat nicht verwirren lassen.

Dabei ist zu beobachten, daß seit etwa zwei Monaten eine starke Ernüchterung und eine bemerkenswerte geistige Umstellung im unterirdischen Deutschland eingetreten ist. Bis etwa zum Tode Hindenburgs haben viele Illegaler eine tiefe Erschütterung oder gar einen Sturz des Regimes von den Spannungen zwischen den alten konservativ-autoritären Schichten, wie sie sich um die Reichswehr und die hohe Bürokratie gruppieren, und dem mit der „Revolution“ loszubrechenden Hitlerfaschismus erwartet. Diese tiefen Wagnisse bestehen trotz aller äußeren Gleichschaltung auch heute noch, aber die Illegalen stellen sie zunächst nicht mehr in ihre politischen Berechnungen ein. Insofern hat die Emigration von draußen richtiger gesehen als die Illegalität im Reich, die eine Zeitlang von einem großem Optimismus befeuert war und den Steptizismus der Emigration, der umfassendere Nachrichtenquellen zur Verfügung stehen, nicht recht begriff.

Es ist bemerkenswert, daß die Verabschiedung aller Illusionen über den Nationalismus der Opposition von Rechts, die unsere Freunde natürlich keineswegs zu unterirdischen beachtlichen, keineswegs zu einer Depression unserer Kämpfer geführt hat. Ganz im Gegenteil!

Die Organisationsform sowohl der Sozialdemokraten wie der Kommunisten und der Vertriebener illegaler Schriften, die zum Teil aus dem Auslande eingeschmuggelt, in wachsendem Maße aber auch im Reich hergestellt werden, werden mehr und mehr ausgebildet und spannen sich über das ganze Land.

Jede illegale Gruppe grenzt sich gegenüber der anderen ab, weil sie die nötige Vorsicht geboten ist. Man arbeitet nebeneinander aber nicht gegeneinander. Diese Geheimorganisationen stehen in der Illegalität die proletarischen Organisationen aufzuweisen haben, rechnen aber schon wieder mit zehntausenden Mitgliedern, die mit Material beliefert werden und bestimmte finanzielle Opfer bringen. Hinter diesen illegal arbeitenden Kadern stehen die Massen der früheren Gewerkschaftsfreunde, die noch passiv bleiben, aber drinnen in der Ferne zu ihrer alten sozialistischen Überzeugung verharren.

Von illegalen Sozialdemokraten hört man, daß ihre Partei schon wieder in etwa 1000 deutschen Orten arbeitet. Unter „Partei“ ist da allerdings sowohl organisatorisch wie

geistig etwas ganz anderes zu verstehen als das, was uns in alten friedlichen Zeiten unter SPD bekannt war.

Die alten lokal oder in größeren Bezirken bekannten Funktionäre müssen schon aus Gründen der Vorsicht in der illegalen Betätigung zurücktreten. Man rückt durchweg auf noch längere unbekanntere Kämpfer, die mit erstaunlicher Umsicht, ohne jede Romantik und dafür mit einer Zähigkeit, die aus tiefer Einsicht erwächst, ihre lebensgefährliche Tätigkeit verrichten. Es wächst da eine neue führende Schicht heran, die durchaus gewillt ist, dem revolutionären Befreiungskampfe des deutschen Arbeitsvolkes eigene und spezifisch deutsche Charakterzüge zu geben. An der theoretischen Klärung wird eifrig gearbeitet. Man richtet sich auf längere Kämpfe ein, drängt jedoch auch auf Vorbereitungen, die Eingreifen ermöglichen, wenn die Entwicklung in Deutschland rasch einen härteren Verlauf nehmen sollte.

Die Illegalen, ohne Unterschied der Richtung, glauben nicht an eine friedliche Ablösung oder Evolution des jetzigen Systems, sondern an die Unvermeidlichkeit innerer und wahrheitsgemäß auch äußerer Katastrophen, die das von Hitler betriebe Wort der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zur sozialistischen Aktion auf die große weltgeschichtliche Bühne Deutschlands führen werden.

Es ist richtig, daß von den indifferenten politisch ungeschulten Massen viele dem Propagandabüchlein Hitlers erliegen, jedoch wird kein Nationalist im vertrauten Gespräch behaupten, daß Hitler irgendwo nennenswerte Protesten bei den geschulten Marginalen gemacht hätte, und heute darf man ruhig und ohne jede Übertreibung sagen, daß die wirkliche sozialistische Bewegung längst wieder im Vordergrund ist.

### Aus einer illegalen Zeitung

Berlin, 8. Okt. (Anrech). Wir entnehmen der in Berlin erscheinenden illegalen Zeitung „Parole“ den folgenden Bericht:

„In Elsfleth bei Bremen fand vor einigen Wochen eine Versammlung mit dem Thema „Stellung des Stahlhelms zur SA“ statt. Referent war der Bremer Stadthalter Röwer höchst persönlich. Nach dem Referat wurde er öffentlich von einem Mann gefragt, ob es wahr sei, daß er 30000 Mark im Jahre verdiene. Röwer mußte das bejahen. Da antwortete ihm der Mann: „Sie sind ein Lump und gehören ins Zuchthaus!“ Er wurde natürlich sofort verhaftet. In der Gerichtsverhandlung erklärte der Tapfere, daß er Röwer nur mit seinen eigenen Worten geantwortet hätte. Er wies ein von Röwer unterzeichnetes Flugblatt vor, das vor der Nachtergreisung der Nazis verteilt worden war. Es trug in fetter Schrift die Worte: „Wer mehr als 10000 Mark im Jahr verdient, ist ein Lump und gehört ins Zuchthaus!“

## Staatsgefährliche Reklameprospekte ...

### Was ein Engländer beobachtet

Besprechend für die Rühmlichkeit, den Umfang und die Erfolge des illegalen Kampfes in Deutschland ist ein Bericht, den der Berliner Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ über dem englischen Außenministerium nahelegt, wobei in seinem Blatte veröffentlicht hat. Er erzählt in diesem Bericht, daß man in Berlin auf Schritt und Tritt mit der illegalen antifaschistischen Propaganda in Berührung komme. Die Terrormethoden der Hitler-Regierung haben den illegalen Kampf zu einer ständigen Verbesserung seiner Methoden gezwungen. In welcher Weise man es heute in der Reichshauptstadt versteht, illegale Schriften öffentlich zu verbreiten, dafür nennt der englische Korrespondent zwei selbst-erlebte Beispiele: Auf der Straße, so berichtet er, wird dem Passanten von einem Vorübergehenden eine Broschüre in die Hand gedrückt, die äußerlich wie der Reklameprospekt einer Selsenfabrik aussieht, die aber im Innern eine Aufklärung über die Vorgänge am 30. Juni, über die Rühmlichkeit in der deutschen Wirtschaft und über die Ergebnisse der Rühmlichkeitskämpfe enthält — und im nächsten Augenblick er weiter, er scheint ein Bettler an einem mit Arbeitern besetzten Tisch und bietet ihnen für ein paar Pfennige ein Paket Aufklärungsarten an, das sich noch Deffnung als eine Sammlung von photographierten illegalen Zeitungen erweist.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ bemerkt, daß sich seit dem 30. Juni die Haltung der illegalen deutschen

Propaganda gegenüber der SA geändert habe. Mit der Aufklärung über die blutigen Verbrechen des Tages und über ihre Hintergründe wende man sich nun auch an die früheren Parteigänger Hitlers, deren Unzufriedenheit immer offenkundiger werde.

Die Verbreitung dieser antifaschistischen Propaganda erfolge trotz der verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Polizei und der SS immer weiter Kreise des Volkes. Sie wachse, wie der englische Korrespondent meint, in demselben Maße, in dem die Verbreitung der gleichgewichteten Presse sinkt — also unanfechtbar. Denn eben erst berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“ wieder von dem rapiden Sinken der Auflagenziffer der reichsdeutschen Blätter und vom Tode dreier ehemals großer deutscher Provinzialzeitungen: der Bremer „Weser-Zeitung“, der Mainzer „Tageszeitung“ und der „Danziger Allgemeinen Zeitung“. Besonders bemerkenswert ist die Feststellung des Korrespondenten des „Daily Telegraph“, daß die illegalen Zeitungen in Deutschland nicht nur über einen großen und eifrig abonnierten Kreis verfügen, sondern auch mit einer erstaunlichen Regelmäßigkeit erscheinen. Jüngst, so berichtet der Korrespondent, habe sich eine illegale Wochenschrift bei ihren Lesern in aller Form dafür entschuldigt, daß sie einmal wegen besonderer Schwierigkeiten nicht an demselben Wochentage erscheinen konnte, an dem sie bis dahin immer erschienen und erwartet wurde.

## Mussol'n's Abkehr von Hitler

Am Samstag hat Mussolini vor einer Menge von schätzungsweise 300 000 Personen auf dem berühmten Domplatz zu Mailand eine außerordentlich bedeutungsvolle Rede gehalten. Der Duce hat sich mit der außenpolitischen Lage beschäftigt und ist unter anderem auf die österreichische Frage eingegangen, hat die Beziehungen Italiens zu Jugoslawien erwähnt und auch die sich anzeigende französisch-italienische Annäherung behandelt. Über diesen letzten Punkt sagte Mussolini folgendes:

„Es besteht kein Zweifel, daß seit ungefähr einem Jahr sich unsere Beziehungen zu Frankreich wesentlich gebessert haben. Die Atmosphäre ist günstiger geworden, und wenn wir, wie wir hoffen, auf einer Verständigung gelangen werden, so wird diese sehr nützlich und förderlich für die beiden Länder und für Europa werden. Zahlreiche Verhandlungen sind augenblicklich im Gange, die einen Schritt günstiger fort, die anderen noch nicht. Gegen Ende des Monats und noch dem ich Herrn Barthou gesprochen habe, werde ich wissen, ob wir in der Lage sein werden, mit der befreundeten großen Nation ein Aufbauprogramm zu vollbringen. Auf jeden Fall ist eine Verständigung mit Frankreich für den Frieden unumgänglich, selbst wenn diese Verständigung ohne Teilnahme Deutschlands zustandekommen sollte.“

Diese Worte Mussolinis bestätigen die Tatsache, daß augenblicklich Verhandlungen im Gange sind, die den Zweck haben, die Grundlage einer französisch-italienischen Freundschaft zu legen.

### Die Schüsse von Wien

Die Schüsse vom 25. Juli trafen auch die bisherige deutsch-italienische Freundschaft mitten ins Herz getroffen. Mussolini erkannte an jenem Tage, daß er sich auf Hitlers Worte nicht verlassen könne, daß der deutsche Reichshandlung ihm bei der Zusammenkunft in Venedig in bezug auf seine österreichische Politik irrezog führt hat. Die Zusammenziehung der italienischen Truppen am Brenner stellten nicht nur eine deutliche Demonstration gegen Hitlerdeutschland dar, sondern sie leiteten einen neuen Abschnitt in der italienischen Außenpolitik ein. Die Unabhängigkeit Österreichs ist für die imperialistische Politik Mussolinis im Donauraum eine Lebensfrage. Die sogenannten Lebensinteressen des faschistischen Italiens verlangen zwingend, daß der Brenner nicht an ein vergrößertes und erstarktes Deutschland, sondern an das schwache, anlehnungsbedürftige Österreich grenzt.

Mussolini war es klar geworden, daß seine österreichische Politik, auf lange Sicht betrachtet, eine Annäherung mit Frankreich erfordert, da der deutsche Vorkrieg für ihn eine Gefahr geworden ist. An erster Stelle hat er Frankreich angezogen, der Verschönerung der Beziehungen zu Hitlerdeutschland das größte Interesse, seine Beziehungen zu seinem früheren Bundesgenossen, die in den letzten Jahren viel zu wünschenswert übrig blieben, zu verbannen. Frankreich will vor allem erreichen, daß in Zukunft Mussolinisch der französischen Politik in Europa nicht widersteht, daß er sich insbesondere für die Unausführbarkeit der Friedensverträge einsetzt und daß er in der Rüstungsfrage die französische These akzeptiert.

### Die Kolonialensprüche

Was steht nun, vom 11. September ab, im Vordergrund aus betrachtet, einer dauernden französisch-italienischen Freundschaft im Wege? Um sich darüber Klarheit zu verschaffen, muß man wissen, welche Ziele der italienische Imperator

## Jahrzehn e Zuchthaus!

### Kommunistenprozesse in Kassel

Kassel, 6. Okt. Der Strafsenat des Kasseler Oberlandesgerichts verhandelte gegen 17 Kommunisten aus Thüringen, die dort die KPD neu aufgebaut und eine illegale Bezirksleitung mit starkem Propagandaapparat gebildet hatten. Das Gericht erkannte wegen versuchten Hochverrats gegen die 17 Angeklagten auf insgesamt 40 Jahre, 6 Monate Zuchthaus und 2 Jahre, 3 Monate Gefängnis; die höchste Zuchthausstrafe lautete auf 8 Jahre.

In einem anderen Verfahren hatten sich 5 Kommunisten und Wahlhelfer in Thüringen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verurteilen. Die Angeklagten als kommunistische Organisation als Überantastung gegen das Reich lautete auf 5 Jahre Zuchthaus gegen den Hauptangeklagten, den 24jährigen Herbert Becker. Der 21jährige Franz Pöckel erhielt 4 Jahre, 2 weitere Angeklagte je 3 Jahre, der fünfte Angeklagte 2 Jahre Zuchthaus bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Als strafschwerend wurde das „hartnäckige Venguen“ der Angeklagten angesehen.



mus im Mittelmeer, insbesondere in Nord- und Zentralafrika verfolgt. Das faschistische Italien stellt ganz bestimmte Kolonialansprüche. Die Forderungen Italiens gehen auf den Geheimvertrag vom 26. April 1915 zurück, in welchem Frankreich und England dem künftigen italienischen Bundesgenossen die Vergrößerung seiner afrikanischen Besitzungen zusagte. Aber diese Zusage ist in den Friedensverträgen nicht eingehalten worden. Indessen ist für das faschistische Italien die Vergrößerung seines Kolonialreiches eine Lebensfrage geworden, nachdem sein Bevölkerungszuwachs von Amerika, Frankreich und der Schweiz kaum noch aufgenommen wird, und der Auswandererstrom sich nach Afrika, insbesondere nach dem französischen Tunis ergießt. Italien verlangt, daß Frankreich mit seinen Bestrebungen, die italienischen Auswanderer in Tunis als französische Staatsangehörige zu betrachten, aufhöre. Italien wünsche, daß diese Auswanderer weiter Italiener bleiben und betrachtet sie als Vorkämpfer seiner kolonialen Expansion. Ein weiterer Streitpunkt ist die Südgrenze Lybiens. Die Italiener erstreben die Besitzergreifung des Gebietes um den Tschad-See, das den Franzosen gehört. Die Besitzergreifung dieses Gebietes würde den Italienern die Möglichkeit bieten, von Tripolis aus eine direkte Verbindung zu den reichen englischen und französischen Kolonien in Mittel- und Südafrika zu schaffen. Wenn Mussolini in seiner Rede von Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien spricht, so muß es sich — das ergibt sich aus dem bisherigen Komplex der französisch-italienischen Gegensätze — bei diesen Verhandlungen vor allem um diese zwei Kolonialprobleme handeln. Darüber hinaus geht es auch um die Frage der Flotten-gleichheit der beiden Mächte im Mittelmeer. Aber so wichtig auch diese ist, ihre Lösung hängt wesentlich davon ab, ob man zu einer Einigung in den übrigen Fragen gelangt.

Es läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen, ob wirklich die Grundlagen einer italienisch-französischen Freundschaft geschaffen werden. Dies wird sich erst nach der in Aussicht gestellten Reise Barthous nach Rom zeigen. Aber gerade deswegen ist dieser Reise die größte politische Bedeutung beizumessen, denn von ihr wird es abhängen, ob durch eine französisch-italienische Annäherung eine neue Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Europa zuungunsten des „dritten Reiches“ zustande kommen wird.

### Hitlers Gegenschachzug

Die Hitlerregierung ist sich der katastrophalen Folgen einer französisch-italienischen Freundschaft für die außenpolitische Lage des „dritten Reiches“ durchaus bewußt. Hitler hat seine ganze Außenpolitik auf die Freundschaft mit Mussolini aufgebaut. Er hat zu diesem Zweck sogar die Deutschen Südtirols verraten. Die Südtiroler sind zwar der Italienisierung anheim gefallen, aber das Opfer blieb umsonst. Desterreich ist ins italienische Fahrwasser geraten, und der Duce, den das Hitlerregime so bewundert, der Duce, der im vorigen Jahr noch zum Nürnberger Parteitag eine besondere Delegation seiner Partei zur Begrüßung entsandt hatte, sucht Freundschaft mit dem französischen „Erbschind“.

Die deutsche Diplomatie entwickelt deshalb augenblicklich eine lebhafteste Aktivität. Der deutsche Botschafter in Rom, von Hassel, ist in Berlin gewesen und ist wieder mit besonderen Instruktionen nach Rom zurückgekehrt. In der Wilhelmstraße, so geht das aus verschiedenen ausländischen Pressemeldungen hervor, soll man die Absicht haben, Mussolini einen Freundschaftsvertrag anzubieten, in welchem, nach dem Vorbild des Abkommens in Polen, das „dritte Reich“ für die nächsten zehn Jahre sich jeder Aktivität in Desterreich enthalten wird. Auf diese Weise hofft man Mussolini von einem Freundschaftsvertrag mit Frankreich abzubringen.

Auf der anderen Seite wird auch schwereres Geschütz aufgeführt. Die Wilhelmstraße nutzt die italienisch-jugoslawische Gegensätze aus, um eine Annäherung zwischen Jugoslawien und Deutschland herbeizuführen. Die deutsche Diplomatie ist bestrebt, die Kleine Entente zu sprengen, falls es zu einer französisch-italienischen Verständigung kommt.

Die nächsten Wochen werden zeigen, wer in diesem Kampfe um die italienische Freundschaft Sieger bleiben wird — Frankreich oder das „dritte Reich“.

### „Los von Rom!“

In den zahlreichen Kirchengründungen hat sich eine neue Welt. Sie heißt „katholisch-national-irische Bewegung“. Hinter ihr sollen römisch-katholische und altkatholische Persönlichkeiten stehen, die mit Reichsbischof Müller im Bunde sind. Angeblich will die Vereinigung eine katholische deutsche Nationalkirche mit einem von Rom unabhängigen Bischof errichten, die sich vorbehaltlos unter den Führer Adolf Hitler stellt.

Wir glauben nicht, daß diese allerneueste Bewegung eine Zukunft hat, ebensowenig wie wir glauben, daß hinter ihr wirklich einflussreiche Persönlichkeiten stehen. Die „romfreie Einheitskirche“, die der Reichsbischof vor kurzem gefordert hat, hat die Gegenstände zum Katholizismus und der protestantischen Zentralkirchenregierung so verhärtet, daß jeder Versuch, irgendetwas anderes „Romtreue“ zu schaffen, die kirchenpolitischen Schwierigkeiten ungeheuer verschärfen würde. Daran ist uns weniger zu denken, als das „dritte Reich“ gerade in diesem Augenblick wegen der Saar die Verbitterung der Katholiken nicht steigern möchte. Erst nachher dürfte man wieder „freie Hand“ haben.

Bemerkenswert sind einige Äußerungen des „katholischen Kirchenblattes“ des Berliner Bistums. Jede Glaubensspaltung würde, so heißt es hier, mit ihren verheerenden Folgen als nationales Unglück des deutschen Volkes empfunden werden. Einheit von Staat, Volk und Kirche könnten nach katholischem Gesichtspunkt nur in der von Gott durch Christus gestifteten und geleiteten Kirche begründet sein. Nur diese eine heilige, katholische und apostolische Kirche könne nach katholischer Überzeugung Grundlage Weg und Ziel der Glaubensgemeinschaft sein. „Dem „Los von Rom“ legt der Katholik kein „Unlösbar von Rom und tren zu Rom!“ entgegen, und wenn es sein muß, bis zum letzten Blutstropfen.“

## Von der „geheimen“ zur offenen Rüstung? Um die Militärklauseln des Vertrages von Versailles

A. Ph. Paris, 8. Oktober.

(Von unserem Korrespondenten)

Genevieve Tabouis hat im „Deuvre“ u. a. folgende Enthüllungen über die deutsche Militärpolitik gemacht:

„Aus den letzten Nachrichten, die wir aus Rom und London empfangen, geht hervor, daß die verantwortlichen Kreise unterrichtet sind über den Druck, den die Reichswehr seit sechs Wochen auf Hitler ausübt, damit er schnellstens die Militärklauseln des Versailler Vertrages kündigt. Die Generale der Reichswehr behaupten, sie könnten nicht länger mehr das Vorhandensein von neuen deutschen Formationen geheimhalten, die Reichswehr, die ursprünglich hunderttausend Mann zählte, verfügt jetzt über 300.000: man muß diese Regimenter unterbringen und ihnen die nötigen Waffen liefern — vor allem jene neuen Tanks, die das Reich nach dem Versailler Vertrag nicht bauen darf. Dieselben Generale meinen, daß diese Kündigung unter allen Umständen vor Jahresende zur Tat werden müsse. General von Blomberg, der anscheinend am meisten darauf dringt, soll sogar die Kündigung vor dem 1. Oktober gewünscht haben... Aber er stieß dabei auf den Widerstand des Herrn von Neurath, der fürchtete, daß ein so gewaltsames Vorgehen Deutschlands in der gegenwärtigen politischen Situation zu lebhaften Rückwirkungen führen und zur Bildung einer festen interalliierten Front gegen Deutschland führen würde. General von Blomberg und die Reichswehr mußten also nachgeben, aber sie erklärten dabei, daß unter allen Umständen die Kündigung vor der Saarabstimmung erfolgen müsse. Es fragt sich, ob es Herrn von Neurath gelingen werde, die Kündigung vorläufig zu verhindern. Das ist für uns die einzige Frage.“

### Ein Zwischenfall

Daß die Rolle, die die Reichswehr im „dritten Reich“ spielt, von ungeheurer Bedeutung ist, hat sich nicht erst nach dem

30. Juni gezeigt, dessen Auswirkungen für Hitler ja nur deshalb nicht gefährlich werden konnten, weil er sich der bewaffneten Macht mit Haut und Haar verschrieben hat. Auch ein Zwischenfall, der sich, wie man erst jetzt erfährt, anlässlich des Nürnberger Nationalsozialistischen Parteitages ereignete, beweist letzten Endes nur, wie stark sich die militärischen Kreise im neuen Deutschland fühlen. Ueber diesen Zwischenfall berichtet „Petit Parisien“ aus sicherer Quelle:

„Generalmajor Heinrich, der ehemalige Chef des „Wehramtes“ im Reichswehrministerium spielte bei diesem Zwischenfall eine große Rolle. Er nahm am Nürnberger Parteitag teil und war während der Galavorstellung im dortigen Stadttheater anwesend. Als nun der wegen seines rücksichtslosen Antisemitismus überall berüchtigte Oberpräsident und Frankenfürer der Partei Streicher das Theater betrat, standen alle Zuhörer auf und entboten ihm den Hitlergruß. Nur General Heinrich blieb sitzen. Deshalb machte ihm Streicher einige Augenblicke später recht heftige Vorwürfe. Heinrich beschwerte sich deshalb bei seinem Vorgesetzten, General von Blomberg unterrichtete Hitler von dem Vorgefallenen, der nun entschieden haben soll, daß Streicher sich zu entschuldigen habe.“

Die Folge war ein Briefwechsel zwischen Heinrich und Streicher. Während aber der Frankenfürer seinen Brief mit dem üblichen Gruß schloß: „Heil, Hitler!“ enthielt das Schreiben des Generals am Schluß die Worte: „Heil, Hindenburg!“ Hitler soll nun diese Formel als eine persönliche Beleidigung aufgefaßt und vom Reichswehrminister die Entlassung des Schuldigen verlangt haben. Tatsächlich soll denn auch General Heinrich sofort seine Pensionierung erhalten haben. Die Militärkreise sollen sich darüber sehr aufgeregt und Herrn von Blomberg vorgeworfen haben, er habe wieder einmal vor den Forderungen der Nazis kapituliert.“

## Das Echo der Rede Mussolinis

A. Ph. Paris, 8. Oktober.

(Von unserem Korrespondenten)

Mussolinis Rede wurde hier mit großer Ungeduld erwartet, und die Sonntagblätter geben ihren Lesern ausführlich Kenntnis von ihrem Inhalt. Dabei verlebten sie nicht die Worte hervorzuheben, die der Duce an die Hitlerregierung richtete, ebenso wie sie die Stellen ausführlich bringen, die sich auf das Verhältnis Italiens zu Frankreich beziehen.

Die Kommentare der französischen Presse sind noch sehr spärlich, die meisten Blätter halten mit ihrer eigenen Meinung vorläufig zurück, was wohl damit zusammenhängt, daß diese Blätter erst einmal die Stellungnahme des Quai d'Orsay kennen lernen wollen.

Von den wenigen Blättern, die sich zur Mussolinirede äußern, halten „Intransigeant“ und „Excelsior“ mit ihrer Zustimmung nicht zurück, während „Echo de Paris“, wie das dem politischen Charakter dieses Blattes entspricht, schon deshalb mit Mussolini unzufrieden ist, weil der Duce das Ende des Kapitalismus prophezeit hat.

Gallus meint im „Intransigeant“, man werde auch in Deutschland in der ganzen Welt Mussolinis Rede mit Genugtuung zur Kenntnis genommen haben. Dabei nährt der italienische Staatsmann gegen Deutschland durchaus keine feindseligen Gefühle. Er sagt ja sogar, es sei keine Entwicklung der Weltgeschichte Europas ohne Deutschland möglich. Aber er gebe gleichzeitig Deutschland zu verstehen, daß er an Desterreichs Unabhängigkeit nicht rühren lasse und es für richtig halte, wenn es Deutschland aus dem europäischen Konzert nicht ausschleife.

Gallus erinnert dann weiter an die Freundschaft, die zunächst zwischen dem „dritten Reich“ und Italien bestanden habe, die aber dann in die Brüche gegangen sei, als die Ermordung von Dollfus den Italienern die wahre Natur des Nationalsozialismus gezeigt habe. Jetzt nun seien die Italiener Frankreich freundschaftlicher als Deutschland gesinnt.

Aber, so fährt der französische Journalist fort, man dürfe nicht beäugeln die italienisch-französischen Freundschaft sich zu schnell einbilden, daß das Endergebnis mit Händen zu greifen sei. Jede wahre Freundschaft sei ein Werk der Zeit, ohne die es nur unüberlebte und verdrängliche Sympathien gebe. Die Atmosphäre habe sich verbessert, habe Mussolini in zurückhaltendem Tone erklärt, und er habe weiter ge-

sagt: „Wenn wir einig werden, wie wir es hoffen, dann wird das für beide Länder und für Europas Interesse sehr nützlich und fruchtbar sein.“

In einigen Wochen werde man die Eröffnung der Besprechungen erleben. Die Franzosen hoffen, daß sie zu einem französisch-italienischen Bündnis führen, dessen Notwendigkeit nicht nur in Geographie, nicht nur in der Geometrie, sondern in der Natur der beiden Völker geschrieben sei.

Im „Excelsior“ sagt Marcel Pons unter anderem, dadurch, daß Mussolini das Reich unverblümt aufgefordert habe, zu den Normen des internationalen Lebens, vielleicht sogar nach Genf zurückzukehren, werde beträchtlich die Bedeutung der Sonderverhandlungen abgeschwächt, die Berlin mit Rom anzuknüpfen bestrebt sei, um den französisch-italienischen Verhandlungen vorzuzukommen.

Der Duce sei ein viel zu westfälischer Politiker, als daß er durch unklare deutsche Äußerungen sich dahin bringen ließe, über die Hitlerintriqne in Desterreich den Schalter der Bereitschaft zu ziehen. Ebenso könnte man Mussolini sagen: Wir wollen wieder Freunde werden. Ich will Desterreich fünf oder zehn Jahre geben, die ich brauche, um das neue Deutschland fest zu verankern und seine militärischen Kräfte zu verhärten. Dann wird die österreichische Frage für mich selber lösen.“

Der Beweis, daß der Duce wenig Reizung hat, sich zum Narren halten zu lassen, liefert Marcel Pons, indem er sich in dem Teil seiner Rede, der sich mit der französisch-italienischen Annäherung befaßt.

Berlin er äußert im „Echo de Paris“ sein deutsches Mißfallen, wenn er sagt, Mussolinis Rede könne kaum die Franzosen über Italiens Absichten kurz vor der Reise Barthous nach Rom beruhigen.

Der Diktator sei der Ansicht, daß die Geld- und Wirtschaftskrisis der letzten fünf Jahre zur endgültigen Erschöpfung des Kapitalismus und Liberalismus führen.

Das sei mehr eine prophetische Vorherhersage als eine tatsächliche Feststellung. Man bezeichne, daß solche Worte den Italienern annehmbar seien, die oft ihre Freilichkeiten verloren und in vielerlei Hinsicht über ihre Vermögen nur in ziemlich beschränktem Umfang verfügten. Es sei immer tröstlich zu denken, daß das Unheil, unter dem man leide, aus einer Weltkatastrophe herrühre, und früher oder später keiner davon verschont bleibe. Aber, so fragt Bertrand, welches System werde dann an die Stelle des Kapitalismus treten?

## Katholiken werden betrogen

Müller gegen das Konkordat

Reichsbischof Müller hielt bekanntlich am Montag in Stuttgart eine Rede, die in allen deutschen Zeitungen ausführlich wiedergegeben wurde. Fünf Tage später, in ihrem ersten Morgenblatt vom Freitag, dem 5. Oktober bringt nun plötzlich die „Frankfurter Zeitung“ die folgende sensationelle Notiz:

„Der Reichsbischof in Stuttgart.  
In seiner Stuttgarter Rede vom Montagabend erklärte der Reichsbischof nach dem Bericht des Deutschen Nachrichtenbüros u. a.: Wir schließen kein Konkordat ab. Wir haben mit dem deutschen Staat keine discordia. Denn dieser Staat sind wir selbst.“

Offenbar haben alle deutschen Blätter diesen neuerlichen Ausfall des Reichsbischofs gegen die von der Saarpolitik bedingten Konkordatsbemühungen Hitlers verschwiegen. Merkwürdigerweise aber fand die „Frankfurter“ 5 Tage später den Mut, die Stelle doch noch zu bringen.

## Goebbels Adjutant

Regierungskommissar für Ullstein

Berlin, 6. Oktober. Der bekannte Ullstein-Verlag wird ab 1. Januar der Kontrolle des Propagandaministeriums unterstellt. Zu diesem Datum wird der Verlag einen Regierungskommissar in Gestalt des persönlichen Adjutanten des Reichspropagandaministers Goebbels, Staatssekretär Hauke, erhalten, der die Leitung des gesamten Zeitungsverlags übernehmen wird.

## Sorge um Material

Aufforderung an die Minister a. D.

London, 8. Oktober.

Nicht ohne eine gewisse Überraschung hört man in hiesigen politischen Kreisen, daß die Regierung soeben alle ehemaligen Minister und alle früheren Staatssekretäre aufgefordert hat, alle amtlichen Dokumente zurückzugeben, die sich in ihrem Besitz befinden. In den Ministern, die diese Aufforderung erhalten haben, gehören unter anderem Lord George, Ex-Außen Chamberlain, Henderson, Lord Snowden usw.

Es fehlt an jeder amtlichen Erklärung zu diesem Erlaube, das ohne Vorgang in der parlamentarischen Geschichte Englands ist. In der Downing Street, wo das Ministerpräsidium seinen Sitz hat, gibt man nur zur Antwort, daß dieses Erlaube an alle ehemaligen Regierungsmitglieder gerichtet sei und vom Sekretariat des Kabinetts komme. Eine andere Erklärung könne nicht gegeben werden.

## Britischer Dampfer gescheitert

Hongkong, 8. Okt. Die Rettungsboote des britischen Kreuzers „Zuffelt“ konnten am Montagvormittag an den am Patras-Riff (ungefähr 200 Meilen von Hongkong) gescheiterten Dampfer „City of Cambridge“ nicht herankommen, da der Seegang zu stark war. Die Besatzung des Dampfers besteht aus 90 Mann. Das Boot befindet sich in einer äußerst gefährdeten Lage. Ein Bergungsdampfer, der am Sonntag von Hongkong zur Hilfeleistung aufgegangen war, mußte wegen schweren Sturmes wieder in den Hafen zurückkehren. Fahrgäste sind nicht an Bord der „City of Cambridge“.



„Katholiken“

Solche und solche

Die früher katholische, jetzt für den Tauffeinkatholiken Hitler gleichgeschaltete „Saarbrücker Landeszeitung“ tut in einer Polemik gegen uns so, als hätte sie immer noch etwas mit Katholizismus zu tun.

So bemängelt sie das Auftreten des Fürsten Hohenlohe-Langenburg in einer Saar-Versammlung in Paris, wo dieser Katholik neben Max Braun gesprochen hat. Das Blatt bezweifelt die katholische Rechtgläubigkeit des Herrn und findet überhaupt den Katholizismus der Hohenlohes anfechtbar. Schon der alte Onkel Chlodwig, der in den neunziger Jahren Reichszangler war, habe es mit seinen religiösen Pflichten nicht sehr ernst genommen.

Wir wissen in der Familiengeschichte der Hohenlohes nicht so gut Bescheid, um dem Blatt mit Erfolg widersprechen zu können, und wollen deshalb einmal unterstellen, daß es ausnahmsweise die Wahrheit geschrieben hätte.

Es erhebt sich dann aber folgende Frage: Ist es eigentlich mit dem Katholizismus des deutschen Reichszanzlers, „Nährers“ und Geldgebers — aus Reichsmitteln natürlich — der „Saarbrücker Landeszeitung“ besser bestellt als mit dem der Hohenlohes? Kann und die früher katholische „Landeszeitung“ verraten, wie es mit der Erfüllung der kirchlichen Pflichten bei Herrn Adolf Hitler steht? Eine ähnliche Frage haben wir früher schon gestellt, ohne daß die Hüter des heiligen katholischen Glaubens darauf hätten eine Antwort geben können.

Mag es mit dem Katholizismus der Hohenlohes stehen wie immer, es ist und bisher nicht bekannt geworden, daß einer dieser Herren Katholiken um ihres Glaubens willen hätte hinfalachen und ihre Vername hätte einäschern lassen, wie es unter „Heil Hitler“ im Reiche des Auktatholiken Adolf Hitler geschehen ist.

Hält also die frühere katholische „Landeszeitung“ den Tauffeinkatholiken Adolf Hitler, den Obersten Gerichtsherrn für die Morde an Klausener und Probst für einen besseren Katholiken als den mit Menschenblut nicht bespritzten Fürsten Hohenlohe-Langenburg?

Antwort werden wir selbstverständlich nicht erhalten, da bei dieser Sorte „Katholiken“ die Angst vor der Ungnade ihrer Geldgeber lausendmal größer ist als die Treue zu einer Religion, mit der sie innerlich nie etwas zu tun hatten, auch wenn sie sie, früher vielleicht in gutem Glauben, äußerlich bekannten.

Das Blatt regt sich an anderer Stelle über irgendeine Schlägerei in irgendeiner Wahlversammlung Frankreichs auf und fragt hochmoralisch: „Ist das ein Vorbild?“

Natürlich ist das kein Vorbild. Dagegen ist es für gute Christen gewiß vorbildlich und christlich, einer Regierung zu dienen, die am 30. Juni 1900 ihr nicht genehmte Bürger ohne Untersuchung und ohne Richterspruch ermorden ließ und jeden einsperri, der sich erdreistet, eine eigene Meinung haben zu wollen.

Ihr von der „Landeszeitung“ seid uns eine schöne Sorte Katholiken!

Verschlebung?

Hitlerdeutsches Dementi

Die „Volkstimme“ berichtet aus Paris:

Gegenüber den hitlerdeutschen Dementis aus dem Winterhalt, die zunächst über das „Berliner Tageblatt“ und jetzt durch die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“ erfolgten, stellen wir noch einmal ganz eindeutig und mit aller Bestimmtheit fest, daß sich allerhöchste hitlerdeutsche Diplomaten im Auslande bei bestimmten Völkerbundsstaaten um die Vertagung der Saarabstimmung für einige Jahre bemüht haben und als hitlerdeutsche Gegenleistung für eine solche langfristige Vertagung der Saarabstimmung eine Revision der deutschen Haltung zum Diktat und zum Völkerbund anboten. Von diesen Tatsachen, die übrigens beziehungsweise hitleramtlich nicht dementiert sind, beißt keine Maus einen Faden ab.

Übrigens hält Madame Genevieve Tabouis ihre Darstellung im „Ceuvre“ nach wie vor rechtlos aufrecht. Der plumpe Versuch der „Deutschen diplomatischen Korrespondenz“, nach der Methode „Halber den Dieb“, den tatsächlich von autoritativer Stelle angesprochenen hitlerdeutschen Wunsch nach mehrjähriger Verschlebung der Abstimmung als ein „französisches Schwindelmandat“ hinzustellen, bezeugt hier nur einem mitleidigen Lächeln. Nur die absolute Ueberlegenheit Frankreichs und sein Festhalten an gewissen internationalen diplomatischen Verschwiegenheitsarrangements hat es bis heute daran gehindert deutlicher zu werden!

Saar-Denkschriften

Genf, 6. Oktober 1934.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht drei Saardenkchriften:

Die erste ist die der Einheitsfront, die unseren Lesern bekannt ist;

die zweite ist eine katholische Saarpetition, die Chefredakteur Hoffmann von der „Neuen Saar-Voh“ im Namen von 200 Delegierten der nichtgleichgeschalteten christlichen Saarbevölkerung übersandt hat und auf die wir unten näher eingehen werden und die

dritte ist die Schwindelchrift der sogenannten „deutschen Front“ zur Volksfrage, von der Präsident Knox in seinem Beileitschreiben festhält, daß diese Schwindelchrift auf unzutreffenden und tendenziösen Grundlagen beruht die bereits in der gleichgeschalteten Saarpresse veröffentlicht wurden, noch ehe sie dem Völkerbundsekretariat zugegangen war, was in Zukunft Zeitungsverbote nach sich ziehen wird.

Rückgliederung

bedeutet Verteuerung der Lebenshaltung

... bei sinkenden Einkommen

Das „Neue Tagebuch“ bringt in seiner letzten Nummer eine interessante Vergleichsaufstellung über die Lebensmittelpreise in Ludwigshafen und Saarbrücken. Diese Aufstellung „härtigt die allgemein bekannte Tatsache, daß im Falle des Anschlusses der Saar an Hitler, die Saararbeiter, Angestellten und Beamten eine mindestens 20prozentige Erhöhung ihrer Lebenshaltung bei gleichzeitigem Rückgang ihres Einkommens erwartet. Im einzelnen entnehmen wir dem „N. T.“ folgendes:

Die deutsche Regierung, voran Dr. Goebbels, hat dem Land bereits ein riesiges Arbeitsbeschaffungsprogramm und einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung versprochen. Darüber auch nur zu diskutieren, ist zwecklos.

Aber es gibt eine andere Seite des Problems, bei der man nicht auf Versprechungen angewiesen ist, sondern für die unabwehrbare Tatsache vorliegen. Diese Seite ist bisher noch nicht beachtet worden. Es gibt nämlich im Saargebiet Preise und es gibt auch in Deutschland Preise. Die deutschen Preise unterliegen autoritärem Hochschütz und den sonstigen Veranhaltungen der Diktatur. Wie verhalten sie sich zueinander?

Wir haben den Vergleich für einige wichtige Lebensmittel in entsprechender Standardqualität durchgeführt. Wir stellen gegenüber die Ladenpreise in Saarbrücken (nach einer eigenen Erhebung des „N. T.“) und die Ladenpreise in Lu d

wigshafen, dem Hauptort der Pfalz, dem das Saargebiet nach dem Anschluß angegliedert werden soll (nach Angaben im 1. Septemberheft von „Wirtschaft und Statistik“). Es folgen in Reichsmark:

	in Saarbrücken	in Ludwigshafen	Deutsche Preise höher als Saarpreise um:
Schwarzbrot 1 kg.	—,25	—,35	40 Prozent
Reis 1 kg.	—,43	—,60	40 Prozent
Kartoffeln 5 kg.	—,45	—,55	22 Prozent
Rindfleisch 1 kg.	—,92	1,50	63 Prozent
Schweinefleisch 1 kg.	1,57	1,70	8 Prozent
Speck, fetter, geräuchert 1 kg.	1,64	2,20	34 Prozent
Vollmilch 1 Liter	—,21	—,26	24 Prozent
Butter 1 kg.	2,87	3,18	8 Prozent
Eier 1 St.	—,09	0,10	10 Prozent

Man kann so viel Waren in die Kiste aufnehmen, wie man will: das Bild bleibt immer daselbe.

Dazu kommen die beständig wachsenden Lohn- und Gehaltsföhrungen und die immer noch zunehmenden Abzüge bei weit höherer Steuerbelastung und teureren Mieten. Und die einzige Gegenleistung des „dritten Reiches“ besteht darin, daß man täglich einige Male „Heil Hitler“ schreiben, den römischen Gruß machen und das Krummkreuz anbieten — oder aber den Weg ins Konzentrationslager antreten darf.

Sabotage und Terror

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ berichtet in ihrer Nummer vom 3. Oktober, daß sie von „Vord Marlen“, dem Vorsitzenden des berüchtigten Zentraluntersuchungskommissionskomitees in merkwürdiger Alibihaftigkeit angekündigte Saalverordnung der Regierungskommission verkündet worden ist. Gemeint ist der Erlaß der Abstimmungskommission demzufolge die unter dem Druck der „deutschen Front“ bisher von den Gemeinden und Privateigentümern den Anhängern des Status quo verweigerten Versammlungssäle nunmehr zwangsweise allen Parteien des Saargebietes zur Verfügung zu stellen sind. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ versucht in dem Artikel, die Internationale Untersuchungskommission des Vord Marlen und den Erlaß der Abstimmungskommission miteinander in Verbindung zu bringen in der Absicht, beide in den Augen der Saarbevölkerung herabzusetzen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die Untersuchungskommission über den Nazi-Terror an der Saar freudig begrüßt worden ist, der erneute Wutanbruch

der „Saarbrücker Landeszeitung“ wäre das beste Zeugnis dafür.

Die Mitglieder der Untersuchungskommission haben bei ihrem Besuch bei der Abstimmungskommission an die Verordnungen der Bevölkerung, daß die Wahl nicht frei, unabhängig und geheim sein werde, hingewiesen. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ liefert in dem oben zitierten Artikel einen neuen Beweis dafür. Sie schreibt, daß die Verordnung nur von der Ueberlassung „geeigneter“ Räume spreche, und daß katholische, evangelische und manche andere Säle für kommunistische Versammlungen nicht geeignet sind. Hier ist einer der Wege angedeutet, auf dem die Sabotage der Verordnung erfolgen soll. Wie wir erfahren, wird die Untersuchungskommission über den Nazi-Terror an der Saar die inzwischen bei ihr eingelaufenen Beschwerden und Mitteilungen über Sabotageversuche und -absichten der „deutschen Front“ gegen die „Saalverordnung“ an den Völkerbund weiterleiten.

„Die Lage hat sich verschlimmert“

Die Eingabe der Katholiken

Die katholische Saarpetition macht geltend, daß trotz der Garantien, die der Völkerbundsrat für notwendig erachtet hat, und die im Laufe der deutsch-französischen Verhandlungen vom 4. Juni 1934 festgelegt worden sind, man bei der Prüfung der Situation im Saargebiet nicht verschüchtern könnte, daß selbst jetzt die freie, geheime und aufrichtige Abstimmung gefährdet ist. Im Gegenteil, die Spionage und die Druckmittel, denen alle Gegner Hitlers von Seiten der Organisation der „deutschen Front“ und anderer Elemente ausgesetzt sind, die im Saargebiet mehr oder weniger für Konto der offiziellen deutschen Behörden arbeiten, hätten sich seither noch verschlimmert; insbesondere werde die Kampagne gegen alle Freunde und Anhänger dieser Bewegung und gegen deren Zeitung die „Neue Saar-Voh“, mit einer Bestialität und mit Druckmitteln geführt, die kaum überboten werden könnten. Die christliche Bevölkerung des Saargebietes hofft, daß alle ihre religiösen und kulturellen Rechte und Initiationen integral aufrecht erhalten und garantiert werden. Weiterhin wird eine klare Definition des Ausdrucks Status quo verlangt. Für die Arbeiter und Angestellten der Saar sei es auch sehr wichtig, daß ihre sozialen Rechte garantiert würden.

Saarländer in den Vereinigt. Staaten

Kürzlich fand in New York eine Konferenz saarländischer, deutscher und schweizerischer Organisationen statt, die nach dem Referat eines Vertreters des amerikanischen Komitees gegen totalitäre Unterdrückung in Deutschland die Bildung eines Komitees für den Status quo im Saargebiet beschloß. Unter den an der Konferenz teilnehmenden Organisationen ist besonders zu erwähnen der Verband der deutschen Klubs in New York, der Heimatbund der Saarländer und die Antinaziföderation.

Ein Kommuniqué der Gründungsfeier des Komitees wurde von der gesamten amerikanischen Presse wiedergegeben. Die Konferenz beschloß die Abhaltung einer breiten Saarkonferenz Anfang Oktober in New York. Sie beschloß weiterhin die Entsendung von Protestdelegationen zu den deutschen Konsulaten und zum Vorsitzenden des Kongresses der Vereinigten Staaten, um dem wachsenden Terror im Saargebiet und in Hitlerdeutschland entgegenzutreten. Gleichzeitig wurde eine Petitionsadresse an die Saarorganisationen und an ihre antifaschistische Einheitsfront abgefaßt.

Mit besonderem Beifall nahmen die Versammelten einen Antrag an, wonach das neugebildete Komitee an die Kommunistische und Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten Unterstützung des Kampfes im Saargebiet heranzutreten sollte. Zum Schluß wurde eine Resolution zur Saarfrage angenommen, worin an alle Beteiligten eine breite Solidaritätskampagne in allerbreitesten Schichten betont und an alle ein dringender Appell zum Anschluß gerichtet wird.

In der Resolution wird hingewiesen auf die organisierten Bemühungen zur Einschüchterung der Bevölkerung im Saargebiet, auf die täglichen Anschläge, Gewalttakte, auf die Möglichkeit eines bewaffneten Einfalles und eines Naziputschs

im Saargebiet, der um so wahrscheinlicher beabsichtigt ist, als die Chancen, einen Sieg im Saargebiet zu erringen, durch die wachsende Einheitsbewegung gegen Hitler für die Nationalsozialisten geringer werden.

Die Resolution lenkt gleichzeitig die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit auf die von der deutschen Regierung in Amerika finanzierten Bemühungen, die darauf hinstielen, die Bewegung zur Unterdrückung der Abstimmungsberechtigten beim Fleiß für die Rückkehr des Saargebietes nach Hitlerdeutschland zu entwickeln, wobei sie den Saarländern die Reisekosten nach dem Saargebiet und zurück in Aussicht stellen.

Nur 10 lumpige Märklein für die Saar

Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle auf den Unfug mit den jährlichen Reisen der Saareinwohner nach dem „dritten Reich“ hingewiesen. Jede Woche ist auf der anderen Seite der Zollgrenze irgendein nationalsozialistischer Nummel, zu dem Tausende von Saarländern abkommandiert werden. Die Folge davon ist, daß diese tausenden Deutschfrontler ihre Einkäufe im „dritten Reich“ tätigen und damit dem saarländischen Handel und Gewerbe einen nicht wieder auszumachenden Schaden zufügen. Wenn die Marxisten und anderen „Landesverräter“ nicht da wären, dann könnte der saarländische Einzelhandel bald seine Verkäufe einstellen.

Beruhet wenigstens dieser Reiseverkehr auf Gegenseitigkeit? Kommen wenigstens zahlreiche Reisende auch aus dem Reich nach dem Saargebiet? Im Gegenteil! Es werden die größten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Deutschenbestimmungen für Reisen nach der Saar gemacht. In diesen Tagen sind diese Bestimmungen sogar so sehr verschärft worden, daß praktisch die Reisen Reichsdeutscher nach der Saar lahmgelegt werden.

Wie wir schon in der Nummer vom 3. Oktober berichtet haben, darf man nach den neuesten Reiseverkehrsbestimmungen im Rahmen der Freizugreisen nur noch 10 RM. im Kalendermonat für Reisen nach dem Ausland mitnehmen. Nun könnte man doch annehmen, daß man gegenüber dem Saargebiet, wo bekanntlich die „notleidenden deutschen Brüder unter der Fremdherrschaft stöhnen“, eine Ausnahme macht. Herr Goebbels ist zwar sehr großzügig in seinen Versprechungen. Bei jeder seiner Reden nimmt er den Mund sehr voll und stellt dem Saargebiet Arbeitsbeschaffung, Ausbaa der Kohlengruben, die Errichtung des Saarpfalzkanals und noch andere Maßnahmen in Aussicht. Aber wenn es gilt, keine Versprechungen zu machen, sondern einige Vergünstigungen der Saar zu erwähren, dann benehmen sich unsere „teuren Brüder“ im Reich mehr als schäbig. Sie haben durch ihren Schacht in einer Verordnung ausdrücklich erklärt, daß die Reisekosten von nur sage und schreibe 10 RM. auch für die Saar Gültigkeit hat.

So sind sie, die Leute! Das gute Saargegeld entziehen sie dem Saargebiet durch Veranhaltung von Kommeln aber selber erweilen sie nicht das geringste Entgegenkommen. Nicht umsonst heißt es im Volksmund:

Deutsch die Saar, Aber nur gegen bar.



## Kleine Wirtschaftsnachrichten

Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ stellen sich die überfälligen Warenschulden, die das „dritte Reich“ durch die Manipulationen Schachts nicht beglichen hat auf nicht weniger als 500 Millionen Mark. Diese Summe entspricht ungefähr einer Einfuhrhöhe von durchschnittlich zwei Monaten. Diese Einfuhr hat sich somit das „dritte Reich“ ohne Gegenleistung vollzogen.

Nach einer Anordnung der Ueberwachungsstelle für unedle Metalle, wonach der Bedarf für die nächsten drei Monate eingeschränkt wird Betriebe der ersten Verarbeitungsstufe dürfen unedle Metalle nur soweit einkaufen, als ihr Bedarf daran durch Lagerbestände, Lieferverträge und im eigenen Betriebe oder aus Umarbeitungsgeschäften zu erwartendes Abfallmaterial nicht bereits für die nächsten drei Kalendermonate gedeckt ist.

Die Auswirkungen des Boykotts in den Vereinigten Staaten offenbaren sich in einer immer stärkeren Passivität der deutschen Ausfuhr gegenüber USA. Im ersten Quartal 1934 hat Deutschland aus Amerika Lebensmittel in Höhe von über 37 Millionen Mark, Rohstoffe für 182,2 Millionen Mark und Fertigwarenerzeugnisse für 25,5 Millionen Mark eingeführt. Gleichzeitig ist die Ausfuhr nach Amerika, die selbst noch im letzten Quartal 1933 über 60 Millionen Mark betrug, auf 47,2 Millionen Mark gefallen. Die Passivität des deutschen Außenhandels mit Amerika stellt sich somit auf 197,6 Millionen Mark. Im zweiten Quartal dieses Jahres ist die Ausfuhr um weitere 10 Millionen auf 37,6 Millionen Mark gesunken.

Die Reichsregierung hat sich zur Entlastung der Devisenbilanz entschlossen, den deutschen Flachsanbau weiter zu fördern. Bekanntlich ist die Flachsanbaufläche bereits im Jahre 1934 um 100 Prozent auf 8787 Hektar gestiegen. Diese Vergrößerung des Flachsanbaus erklärt sich mit der Drosselung der Einfuhr. Nun bestehen Pläne, im kommenden Jahr die Flachsanbaufläche auf sogar 30 000 Hektar zu erhöhen. Es erscheint aber zweifelhaft, ob es gelingen wird, diese fantastischen Ziele auch nur annähernd zu erfüllen. Jedenfalls handelt es sich auch hierbei um Fehlpositionen, da bei Wiederherstellung normaler Verhältnisse, der deutsche Flachsanbau von der russischen und baltischen Konkurrenz, die, wie es schon einmal unmittelbar nach dem Kriege der Fall war, schwer betroffen wird.

Einer neuen Verordnung zufolge bedarf die Einfuhr von Taschenuhren aus der Schweiz einer besonderen Genehmigung. Diese Maßnahme bedeutet einen Schlag gegen die schweizer Uhrenindustrie.

Der Umsatz der Warenhäuser lag im August nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung im „Ueberblick“ um 14 Prozent über Vorjahreshöhe im Juli und August zusammen macht die Zunahme 10,3 Prozent aus. Die Steigerung der Umsätze im August wird in der Hauptsache von den Textil- und Hausratabteilungen getragen.

Die Traktorenfabrik in Charkow feierte am 1. Oktober ihr dreijähriges Bestehen. In diesen drei Jahren hat dieses Werk bereits 80 000 Traktoren abgeliefert. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 31 000 Traktoren hergestellt. Das sind 40 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Um den Betrieb herum ist im Laufe der letzten drei Jahre eine neue Stadt mit 60 000 Einwohnern gegründet.

## Erdöl-Fehlbohrungen

### Die kleineren Sparrr betrogen

Hitlers „Planwirtschaft“ hat bereits zu einem heillosen Durcheinander geführt und für das Spekulantens- und Schieberwesen einen günstigen Nährboden geschaffen. Hitlers Appell „Deutschlands Selbstversorgung vom Ausland unabhängig zu machen“, hat u. a. einen Erdöl-Bohrungsfimmel hervorgerufen. Welche verheerende Folgen diese neueste Krankheit im „dritten Reich“ bereits angerichtet hat, wie viele Leichtgläubige durch die zahlreichen Fantasie-Projekte über deutsche Erdölvorkommen hereingefallen sind, mag man aus folgender halbamtlicher Erklärung ersehen:

Das Reichswirtschaftsministerium erläßt angesichts der in der letzten Zeit wieder stark gewachsenen Erdölspekulation bzw. wegen der Beteiligung an neuen Bohrungen usw. deutliche Warnungen:

In letzter Zeit mehren sich wieder die Fälle, in denen private Unternehmer das Publikum zur Beteiligung an Erdölunternehmungen auffordern. Die hierzu gemachten Angaben sind in vielen Fällen geeignet, über die tatsächliche Bedeutung einer solchen Beteiligung ein falsches Bild hervorzurufen. Es wird in meist übertriebener Form auf die Gewinnmöglichkeiten, die in Bohrungen auf Erdöl liegen, hingewiesen, aber verschwiegen, daß ein außerordentlich großes Risiko mit derartigen Unternehmungen verbunden ist. Oft werden diesen Angaben auch Aeußerungen dritter, als Sachverständige bezeichnete Personen beigelegt, durch die der Eindruck einer sicheren Gewinnmöglichkeit beim Publikum noch verstärkt wird.

Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß in jedem Fall für die Niederbringung von Bohrungen erhebliche Kapitalien erforderlich sind und bei jedem Unternehmen mit Fehlbohrungen zu rechnen ist. Wie die Erfahrung zeigt, dient die oben geschilderte Reklame meist lediglich spekulativen Zwecken; die auf diesem Wege gegründeten Gesellschaften entbehren der soliden finanziellen, geschäftlichen und sachlichen Unterlage,

## Romantische Agrarpolitik

### Der Märchenerzähler Darré

In Deutschland wurde in diesen Tagen das „Erntedankfest“ gefeiert. Wieder wurden Millionen vergeudet; die Größe des Festes stand im umgekehrten Verhältnis zur Größe der diesjährigen Ernte, die ja erheblich hinter der vorjährigen zurückgeblieben ist. Was tut's? Die Herren haben ja dazu und die Millionen für die Propaganda spielen keine Rolle, die werden aus dem Topf genommen, in dem sich die Milliarden der Gläubiger angesammelt haben.

Der Reichsernährungsminister Darré, der Diktator über die deutsche Landwirtschaft, hat als Auftakt eine Rede gehalten, in der er nach seiner Art und für seine Zwecke die bisherigen Resultate seiner Politik zusammenfaßte. Durch das Reichserbhofgesetz und das Reichsnährstandsgesetz seien zwei ganz neue Gedanken hineingetragen worden: Sicherheit und Ordnung. Das stimmt ja. Durch das Erbhofgesetz haben die Bauern die Sicherheit erhalten, daß sie zur Verbesserung und Ausgestaltung ihres Betriebes unter keinen Umständen Kredite erhalten können und daß ihre Kinder unweigerlich ins Landproletariat gestoßen werden. Die Beseitigung der Freizügigkeit verhindert zugleich diese Entertien des „dritten Reiches“ daran, sich in den Städten eine neue Existenz aufbauen zu können. Deshalb vielleicht war der sonst so geschwätige in diesem Punkt sehr wortkarg und sprach um so ausführlicher über das zweite Gesetz, das durch Absperrung der ausländischen Zufuhr und durch Einführung der Festpreise das landwirtschaftliche Gebiet aus den „freien Märkten und ihren Gesetzen herausgelöst“ habe. Die Wirkungen schildert nun Darré — wir haben darüber in der „Deutschen Freiheit“ schon ausführlich berichtet — folgendermaßen:

Roggen kostete im August in Rotterdam 56 Mark, in Deutschland 159 Mark je Tonne;

Weizen in Liverpool 69 Mark, in Deutschland 199;

Schweine in Chicago 12 Mark, in Deutschland 47 Mark je Zentner;

Butter in Kopenhagen 78 Mark, in Deutschland 254 Mark je Doppelzentner;

Speck in Kopenhagen 107 Mark, in Deutschland 184 Mark je Doppelzentner;

Eier in Kopenhagen 3 1/2 Pfennig in Deutschland 8 Pfg. das Stück.

Diese Angaben sind, wir wollen es ausdrücklich wiederholen — kein Grauelmärchen, sondern wörtliches Zitat. Leider fehlen Angaben über die Preisunterschiede in den Futtermitteln. Es würde sonst klar werden, daß für die Bauern die Preissteigerungen ihrer Produkte zum Teil wettgemacht werden durch die Steigerung ihrer Produktionsmittel und daß die Hauptgewinner der nationalsozialistischen Agrarpolitik die Getreide- und Futtermittel produzierenden Großgrundbesitzer sind.

Darré beruft sich darauf, daß die Weltmarktpreise, die er zum Vergleich herangezogen hat, auch in anderen Ländern durch protektionistische Maßnahmen um ihre Wirkung gebracht werden, und es ist pikant, daß er zum Zeugen dessen gerade das liberalistische verruchte Frankreich anführt. Dort sind allerdings eine Reihe Lebensmittelpreise durch protektionistische Maßnahmen in die Höhe getrieben worden. Der Unterschied ist nur, daß die französische Regierung eben jetzt nach Mitteln und Wegen sucht, die Preise herunterzukriegen, während die Nationalsozialisten sie immer noch zu erhöhen trachten und die Preissteigerung als den größten Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik anpreisen.

Eine Lüge aber ist es, wenn der Darré behauptet, die fortgesetzte Steigerung der Ernährungskosten hätte keine fühlbare Belastung des Verbrauchs herbeigeführt. Man brauchte einen Gegenbeweis ja eigentlich gar nicht anzuführen. Denn die Erhöhung des agrarischen Einkommens kann ja nur, da es sich wesentlich um die Preissteigerung und nicht um die Mengenvermehrung der landwirtschaftlichen Produkte handelt, nur daher rühren,

daß die städtischen Konsumenten jetzt einen größeren Teil ihres Einkommens für die Lebensmittelversorgung aufwenden müssen

als früher und da, nach den Angaben des Konjunkturinstituts das kapitalistische Einkommen aller Art seit dem Herrschaftsantritt Hitlers gestiegen ist,

muß die Milliardenhöhung des agrarischen Einkommens im wesentlichen von den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufgebracht werden.

Es trifft sich aber gut, daß gerade jetzt auch der statistische Nachweis geliefert werden kann, daß der Darré lügt.

Mit großem Tamtam verkündet eben die gleichgeschaltete Presse das „anhaltende Steigen der Einzelhandelsumsätze“. Nach den Ermittlungen der „Forschungsstelle für den

so daß die als Beteiligung gegebenen Gelder in den allermeisten Fällen verloren sind.

Diese Gelder werden zum großen Teil von kleinen Sparern hingegeben, an die sich die Vertreter und Agenten der betreffenden Firmen in erster Linie wenden in der meist richtigen Erwartung, daß diese über die nötige Erfahrung nicht verfügen und deshalb am leichtesten zur Hergabe von Geldern zu bewegen sind.

Es muß deshalb nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Aufsuchung und Erschließung der deutschen Erdöllagerstätten mit Rücksicht auf das darin liegende große natürliche Risiko nur finanziell kräftigen Unternehmungen vorbehalten bleiben muß. Diese haben in letzter Zeit, wie bekannt, von seiten des Reichs Darlehen zur Niederbringung von Aufschlußbohrungen erhalten. Um so weniger liegt es im nationalwirtschaftlichen Interesse, daß sich einzelne Unternehmer an das Publikum wenden, um mit dessen Ersparnissen ihre Geschäfte zu machen. Es wird deshalb vor der Beteiligung an derartigen Unternehmungen dringend gewarnt.

Handel“, deren schönfärberische Tendenzen übrigens außer Zweifel stehen, waren die Einzelhandelsumsätze im August 15 Prozent, im Juli 10 Prozent und im ersten Halbjahr 1934 um 12 Prozent höher als im Vorjahre. Die Steigerung im August erklärt sich zum großen Teil daraus, daß die Saisonschlußverkäufe diesmal im August statt im Juli stattfanden. Ein Teil der Steigerung erklärt sich im übrigen aus der Preisentwicklung, denn die Einzelhandelspreise sind seit einem Jahr um reichlich 5 Prozent gestiegen, wobei die wirkliche Preissteigerung sicher größer ist als sie der amtliche Index erscheinen läßt. Nur ein Teil der Umsatzzunahmen entfällt also auf den Kauf größerer Mengen oder besserer Qualitäten.

Wie steht es aber mit der Ernährung? Die Lebensmittelumsätze erhöhten sich um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Ernährungs-kosten sind aber nach den offiziellen Angaben um 7 1/2 Prozent gestiegen! Damit ist aber der mathematische Beweis geliefert, daß die deutschen Massen sich um mehr Geld nur weniger Lebensmittel

kaufen konnten als im Vorjahr, daß der Ernährungszustand sich verschlechtert hat, daß trotz Zunahme der Bevölkerung (und innerhalb der Bevölkerung der Erwachsenen), trotz der vielgerühmten Zunahme der Beschäftigung die Massen nicht einmal den Ernährungsstand aufrechterhalten konnten, auf den sie auf dem Höhepunkt der Krise herabgedrückt waren.

Die Wirklichkeit ist sicher noch schlimmer als das statistische Bild erscheinen läßt. Aber auch die offizielle Statistik reicht aus, um den Darré der Lüge zu überführen und den Beweis zu liefern, daß die nationalsozialistische Agrarpolitik die Verelendung der Massen noch gesteigert hat.

So haben wir den Darré auf der ersten Lüge ertappt, doch die zweite folgt sogleich. Er leugnet, daß seine Agrarpolitik mit den „außenwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands in Konflikt gekommen“ sei. Die Behauptung ist genau so wahr wie die frühere. In Wirklichkeit sind sämtliche Handelsverträge, die den deutschen Fertigwarenxport nach Skandinavien, den Randstaaten, nach Belgien, Holland, Frankreich und nach Südosteuropa ermöglicht hatten, entweder gekündigt worden, um die agrarische Zwangswirtschaft und ihre Preissteigerungen durchzuführen zu können. Lebten früher etwa 3 1/2 Millionen qualifizierter Arbeiter von der Beschäftigung für den industriellen Export, so hat die nationalsozialistische Agrarpolitik 2 bis 2 1/2 Millionen aus der Arbeit geworfen. Der Milliardenverlust, der durch die Vernichtung des Exports hervorgerufen worden ist, muß zu den Milliarden hinzugezählt werden, die durch die Preissteigerung den Arbeitern und Konsumenten auferlegt worden ist, um die Kosten beurteilen zu können, die aufgewandt werden mußten, um das Erntedankfest feiern zu können.

Diese Exportbedrohung steigert sich fortwährend durch eine Politik, die die Ausdehnung der agrarischen Produktion ohne Rücksicht auf die Kosten immer weiter betreibt. Darré rühmt sich, daß die Anbaufläche für Oelfrüchte von 5200 auf 26 700 Hektar, für Flachs von 4900 auf 8800 Hektar, für Hanf, Nessel usw. von 210 auf 380 Hektar im Jahr 1934 gestiegen ist. Leider verrät er nichts von den Zuschüssen aus Steuergeldern und den Preiserhöhungen für die Industrie, die für diese Anbauerweiterung geleistet werden mußten. Neulich hat ein „prominenter“ Nationalsozialist die Behauptung vertreten, was im Inland gewonnen und produziert werden könne, sei „immer billiger“ als das ausländische Erzeugnis. Dieser Irrsinn regiert jetzt die deutsche Wirtschaftspolitik und der Darré selbst rühmt sich der „Romantik“, aus der heraus er seine Politik betreibt!

Diese Romantik, diese „Verachtung von Vernunft und Wissenschaft“, die allerdings für die Ignoranten und Scharlatane, die die Herrschaft über Deutschland an sich gerissen haben, die einzig gemäße Ideologie ist, kommt dem deutschen Volke teuer zu stehen. Sie vernichtet in immer höherem Maß und immer beschleunigterem Tempo die deutsche Wirtschaft. Sie hat ihr durch die Vernichtung des Exportes die Mittel zur Versorgung mit den lebenswichtigen und unentbehrlichen Rohstoffen geraubt, sie nach außen mit allen Ländern in Konflikt gebracht und führt jetzt im Innern zu fortgesetzter Lähmung. Darré aber erklärt: „Diese Romantik, die zunächst unwirtschaftlich und lächerlich erscheinen möge, aber schließlich doch zum Wohle des gesamten deutschen Volkes ausschlagen wird, ist eben eine ganz besondere Eigenart der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik“. Jawohl, eine besondere Eigenart und nicht zuletzt an dieser wird die nationalsozialistische Herrschaft zugrunde gehen. Dann wird es ein wirkliches Erntedankfest geben — das Erntedankfest des deutschen Volkes.

Dr. Richard K e r n.

## Ausfuhrückgang nach dem Fernen Osten

Die „Ostasiatische Rundschau“ veröffentlicht die folgende Statistik über den Rückgang der deutschen Ausfuhr nach den Ländern des Fernen Ostens:

Ausfuhr nach:	1. Halbjahr — in Millionen RM.:		
	1932	1933	1934
Japan . . . . .	48,4	42,1	41,2
China . . . . .	43,3	39,9	37,3
Holländisch-Indien . . . . .	23,1	17,7	14,6
Australien . . . . .	8,2	9,3	10,0
Philippinen . . . . .	4,8	4,7	3,3
Malaiischer Archipel . . . . .	4,0	3,2	3,2

Deutschland importiert aus dem Fernen Osten hauptsächlich Rohstoffe. Die Handelsbilanz mit den fernöstlichen Ländern wies im ersten Halbjahr 1933 ein Passivsaldo in Höhe von 113 Millionen Mark auf, das sich für das erste Halbjahr 1934 auf 164 Millionen Mark erhöhte.



# Die Haltung Thomas Manns

## Zur jüdischen Frage

Thomas Mann hat eine Reise nach Amerika hinter sich. Hier hat er eine Erklärung zu den deutschen Problemen abgegeben, die sehr aufschlußreich sind. Wir finden sie (nach dem „Neuen Tagebuch“) in der „American Hebrew and Jewish Tribune“ vom 7. September:

„Ich möchte vorweg gleich betonen, daß sich in meiner Einstellung zur jüdischen Frage in den letzten zwei Jahren nichts geändert hat.

Ich persönlich bin überzeugt, daß die abendländische Gesittung auf zwei Pfeilern beruht: erstens auf der Zivilisation und Kultur der Mittelmeerländer, zweitens auf dem Christentum. Und es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß das Christentum ohne die Juden geistig und geschichtlich undenkbar ist. Aus der Geistesgeschichte geht klar hervor, daß ein überzeugter Abendländer unvorstellbar ist, der nicht vom Judentum beeinflusst worden wäre.

Ich, als überzeugter Europäer und Mensch des Westens, fühle mich mit dem Christentum in jeder Form verbunden. Der Katholizismus ist mir fremder als der Protestantismus, dessen Gehalt mir natürlich wichtiger ist als seine kirchlichen Manifestationen. Die großen Protagonisten des geistigen Protestantismus waren ja auch Nietzsche und Goethe. Deswegen ist es so schwer für mich, zu verstehen, wie die deutschen Nationalsozialisten dazu kommen. Nietzsche jetzt offiziell zu „ihrem Vorläufer“ zu machen! Nietzsche selbst hatte ja nur Hohnworte und Abscheu für jede Form von Antisemitismus.“

## Musik - Umschau

Arnold Schönberg, der hier kürzlich anlässlich seines 60. Geburtstages ausführlich gewürdigt wurde, ist in seiner Heimatstadt Wien durch einige Radiokonzerte und eine Festschrift geehrt worden, in der etwa 30 der international bekanntesten Dirigenten, Komponisten und Schriftsteller ihre Glückwünsche sammelten. So grüßt u. a. der bekannte holländische Dirigent Willem Mengelberg „den Pionier auf neuen Gebieten der Tonkunst, den genialen Komponisten und den großen Menschen Arnold Schönberg“, Alma Maria Mahler, die Witwe Gustav Mahlers, eines der ersten Förderer des jungen Schönberg, Darius Milhaud, der um die Verbreitung Schönberg'scher Werke in den westlichen Ländern hochverdiente Pariser Komponist, Franz Werfel, Egon Wellesz, Anton von Webern und Alban Berg seien aus der Reihe der Gratulanten besonders erwähnt. Daß keiner der „modernen“ Musikjünger des „dritten Reiches“ es gewagt hat, dem in Boston wirkenden Jubilar einen Glückwunsch zu übersenden, versteht sich von selbst.

Bruno Walter, neben Schönberg, Klemperer und dem verstorbenen Schreker wohl der prominenteste „musikalische“ Emigrant, scheint endlich wieder eine dauernde Wirkungsstätte gefunden zu haben. Wie aus Amsterdam berichtet wird, steht das Concertgebouw-Orchester in diesem Jahre drei Monate unter seiner Leitung, und wie gut informierte Kreise versichern, soll sich hieraus eine Dauerverpflichtung an das beste Orchester Hollands entwickeln.

Auch Hermann Scherchen, der modernste und kämpferischste aller deutschen Dirigenten, dessen „Kultur bolschewismus“ den Musikbunzen Neudeutschlands ein Dorn im Auge ist, wird als Gastdirigent einige Amsterdamer Konzerte leiten. Zunächst wird er Bachs „Kunst der Fuge“ in der Bearbeitung des verstorbenen Wolfgang Gräser zur holländischen Erstaufführung bringen.

Der Beginn der neuen Pariser Konzertsaison wird wiederum Gastspiele zweier großer Dirigenten bringen. Das Orchester Straw wird einige Konzerte unter Arturo Tos-

## Der Jooss-Ballett

### Ende und Neubeginn

Mit der Unerbittlichkeit einer Naturkatastrophe vollendet sich der deutsche Kunststurm unter der Herrschaft der braunen Usurpatoren. Eine deutsche Literatur existiert seit dem Beginn des Blutgestammels nur noch außerhalb der Grenzen des „dritten Reiches“, die besten Kräfte der deutschen Musik befinden sich in der Emigration, selbst eine Institution wie Bayreuth, die von den Anfängen an dem Nazismus aufs innigste verbunden war, wird von ihm langsam aber sicher zugrunde gerichtet, was die diesjährigen — in künstlerischem Niveau und Besuch katastrophalen — Festspiele schlagend bewiesen haben. Nun dehnt sich der künstlerische Bankrott auch auf ein Gebiet aus, das seiner Natur nach vom politischen Geschehen am unabhängigsten schien: Es gibt in Deutschland, das vor einigen Jahren das Land aller Reformbestrebungen auf dem Gebiet der Körperkultur war, so gut wie keinen Kunststanz mehr. Rudolf von Laban ist aus den Staatsdiensten als Leiter des Berliner Opernballetts ausgeschieden. Er hat einer lebenswürdigen Durchschnittskraft Platz gemacht. Seine einst weltberühmten Schülerinnen Wigman und Palucca spielen, obwohl gleichschaltungsbereit, keine sehr große Rolle mehr; und nun kommt die Nachricht aus England, daß auch Kurt Jooss und seine Mitarbeiter das „dritte Reich“ endgültig verlassen haben. Man erinnert sich des Welterfolges, den Jooss mit seinem pazifistischen Tanzdrama „Der grüne Tisch“ hatte. Der Pariser Tänzerkongreß zeichnete ihn mit dem ersten Preis für dieses mutige Werk aus, und eine Welttournee mit diesem Stück, die März 1933 begann, entthob ihn zunächst der Auseinandersetzung mit den neuen deutschen Machthabern. Jetzt hat Jooss endgültig seine deutsche Stellung geräumt, hauptsächlich wohl deshalb, weil er auf seine jüdischen, ncharistischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht verzichten wollte. In Dardington bei Tonness (Südenland) hat er eine neue Schule gegründet, wo er bereits im nächsten Sommer Tanzfestspiele veranstalten wird und wo er eine neue Welttournee mit neuem Repertoire vor-

Auf die Frage, ob er einen richtigen Kern in der Behauptung sehe, daß die Juden in den „radikalen Bewegungen“ maßgebend seien, erwiderte Thomas Mann:

„Der Ausdruck „Radikalismus“ in diesem Zusammenhang scheint mir falsch. Die Juden sind Exponenten der universalen Zivilisation. Sie haben von den Griechen die ordnende Macht der Vernunft übernommen — den Willen, die Dinge durch Vernunft zu bewältigen. In dieser Hinsicht waren die Griechen den Deutschen voraus. So betrachtet, scheint es mir übrigens, daß der deutsche Antisemitismus sich eigentlich nicht so sehr gegen die Juden in dieser Eigenschaft wandte, als vielmehr in ihrer Eigenschaft als Verkörperer der Zivilisation und Kultur des Mittelmeers. Damit eng verbunden ist nun die Frage des „Radikalismus“. Denn der ist das Verlangen nach Verbesserung des menschlichen Loses, er ist der ewige Kampf, die menschliche Brutalität niederzuzwingen und der Vernunft die Oberhand zu verschaffen. Diese hohen Bestrebungen sind in den Juden eben stärker als in den Deutschen.“

Thomas Mann bekannte sich schließlich zu dem Glauben, „daß der Antisemitismus dem Geist der wirklichen Christen in Deutschland fremd ist“, und wies auf die aktive Opposition unter den Katholiken hin: „Kardinal Faulhabers kräftige und mehrfach öffentlich bekundete Gegnerschaft gegen den Arierparagrafen und andere unchristliche Manifestationen ist eines der hoffnungsvollsten Zeichen. Die wirklichen Christen wissen ganz genau, daß sie und die Juden unlösbar miteinander verbunden sind.“

caninis Leitung in Paris und in der französischen Provinz geben, während Felix von Weingartner mit dem Orchester Padeloup konzertieren wird. Beide in Deutschland nicht mehr auftretenden Künstler haben während des Sommers in Salzburg (teilweise als Ersatzmänner für den diplomatisch „erkrankten“ Richard Strauß) Triumphe gefeiert.

Im „dritten Reich“ ist eine Hausse in „Sommer-nachtstraum“-Musik ausgebrochen, nachdem der gewaltige Josef höchstselbst die meisterliche, unsterbliche Mendelssohn'sche Musik als „unerwünscht“ bezeichnet hat. Soeben ist in Berlin das Machwerk eines braunen Ersatzlieferanten für jüdische Musik mit Glanz durchgeführt, was sogar die Musikkritiker gleichgeschalteter Couleur feststellen mußten. Nun geht die Meldung durch die Presse, daß der diesjährige Goethe-Preisträger, Hans Pfitzner, dazu ausersehen sei, die neue arische Shakespeare-Musik zu schaffen. Wird der Musiknazi Pfitzner, der in seinen Memoiren und Pamphleten soviel von romantischer Gesinnung, Werktreue, Ehrung der alten Meister schwafelt, noch so viel künstlerisches Gewissen haben, das Ansinnen der braunen Kunstbunzen zurückzuweisen, oder wird er sich selbst für alle Zeiten zum lächerlichen Goebbel's-Kuli stempeln?

Das „Mainzer Journal“, einst ein katholisches Blatt, teilt in seiner Nummer vom 20. September mit: „Der Landesverband der hessischen Feuerwehren hat angeordnet, daß die Feuerwehren bei ihren öffentlichen Auftritten Schalmeienmusik als undeutsch nicht mehr spielen dürfen. Ebenso wird das Mitführen von Pauken in ihren Trommler- und Pfeiferkorps untersagt.“ Wir schlagen vor, die Musik im neuen Deutschland überhaupt zu verbieten. Vom Fremdwort „Musik“ bis zum französisch-amerikanischen „Saxofon“, von dem demokratisch mit Ideen der französischen Revolution tödlich infizierten Beethoven bis zum kulturbolschewistischen Schönberg, nichts an dieser hohen menschlichen Kunst ist deutsch, sie hat wahrlich nichts im entmenschten „dritten Reich“ zu suchen!

bereitet. Man kann Jooss zu diesem mutigen Schritt nur beglückwünschen, er hat das Beste für sich und seine Kunst getan: nur schleunige Flucht rettet vor dem Kunsttod im „dritten Reich“!

## Faschistisches Panoptikum

### Eine internationale Ausstellung

Wie wir erfahren, wird im Herbst dieses Jahres in Paris eine internationale Ausstellung über den Faschismus in einer durchaus neuartigen und originellen Form stattfinden. Die Initiative dazu geht von einem Kreis französischer Wissenschaftler und Künstler, sowie von den großen pazifistischen und fortschrittlich gesinnten Organisationen aus. Die Ausstellung wird von den großen kulturellen und sozialen Problemen ausgehen, die in der Nachkriegszeit die europäische Zivilisation von Grund auf erschütterten und, nach diesem historischen Ueberblick, eine reich dokumentierte Schau über alle Erscheinungsformen und nationalen Spielarten des Faschismus geben.

Als technisches Vorbild werden die internationalen Ausstellungen wie „Pressa“ in Köln und die Hygieneausstellung von Dresden dienen; die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Franz Masereel. Besondere Abteilungen der Ausstellung werden gewidmet sein den modernen Formen der Sklavenarbeit, wie sie im Arbeitsdienst und in der Landhilfe verwirklicht wurden; der faschistischen Kunst, der faschistischen Wissenschaft usw. Technisch besonders interessant ist die geplante Darstellung des nächsten Krieges, als eines Krieges der Maschinen, die an Modellen und Reliefs vorgeführt werden. Eine weitere Abteilung, „Die Generation von 1950“, behandelt das Problem der in der faschistischen Psychose heranwachsenden Jugend; schließlich wird ein „Faschistisches Panoptikum“ die Schreckenskammer des Terrors, der Volksverblödung, des Kitsches und der Kulturbarbarei zeigen. Mit der Beschaffung des dokumentarischen Materials wurde das Institut zum Studium des Faschismus in Paris betraut.

## Hitler und Goethe

Eine Ballade

Herr Hitler, der das Zeitliche gesegnet,  
Marschierst im Stechschritt stramm zum Himmelstor  
Als er Herrn Goethe unterwegs begegnet,  
Stellt er sich ihm als Führer Deutschlands vor.

Herr Goethe unterdrückt ein breites Schmunzeln:  
„Von Ihnen habe ich schon viel gehört.“  
Und fährt dann fort mit leichtem Stirnerunzeln:  
„Sie haben doch den deutschen Geist zerstört!“

„Sie Untermensch!“ schreit Hitler voll Empörung  
„Sie Greuelheger! Herr, Sie wagen es,  
Mich anzuklagen der Kulturzerstörung?  
Wenn Sie nicht schweigen, ruf ich die SS!“

Ich bin der deutscherseits mit größten Zielen  
Betrante Heiland, völkische Sektion!  
Wenn meine Pläne auch ins Wasser fielen,  
Die Welt zu norden bleibt des Volks Mission!

Sie aber waren schon vor hundert Jahren  
Ein Volksverräter und ein Pazifist;  
Sie sollten eigentlich zur Hölle fahren;  
Der Himmel ist zu schad' für solchen Mist.“

Herr Goethe lächelt fern bei diesen Worten  
Und sieht voll Mitleid auf den Mann vor ihm:  
„Verzeihen Sie, ich bin nicht Doktor Dornen,  
Weshalb beschimpfen Sie mich so intim?“

Ich habe, als ich lebte, viel geschrieben  
In einer Sprache, die man Deutsch genannt,  
Von dieser Sprache scheint nicht viel geblieben,  
Zumindest Ihnen scheint Sie unbekannt.

Schon damals wurde ich nicht oft verstanden;  
Jetzt aber ist in meinem Volk, mir scheint,  
Verständnis überhaupt nicht mehr vorhanden,  
Der Deutsche wurde Deutschlands schlimmster Feind.

Denn Deutschland, wie es seine Lehrer wollten,  
Ist das Gehege für den reinen Geist.  
Doch Ihre Lehre, für die Köpfe rollten,  
Ist Unrat, den der Mob als Wunder preist.

Ich rate Ihnen, schleunigst umzukehren!  
Elysium ist nicht der Ort für Sie;  
Sind, — sollten Sie die Unterwelt beehren, —  
Selbst Satan, merken Sie, empfängt Sie nie!“

Horatio.

## Werfels neues Werk

Der Titel des neuen Werkes von Franz Werfel lautet: „Der Weg der Verheißung. Ein Bibelspiel.“ Der Dichter selbst äußert sich zu dieser Bezeichnung, daß der Untertitel darauf hinweise, daß in dem Spiel nur die Worte der Bibel selbst verwandt würden, und er, bis auf dramatisch notwendige Anknüpfungen und Dialog-Steigerungen, nichts Eigenes hinzu erfunden habe. „Der Zuschauer erlebt somit keine Bibeldichtung, sondern den ganzen geschichtlichen Weg von Abrahams Berufung bis zur Zerstörung des Salomonischen Tempels in den Hauptereignissen und in den Hauptfiguren.“

Das Stück zerfällt in zwei Dramen: in das reale Drama einer jüdischen, zeitlosen Gemeinde, die vor Verfolgungen in ein Bethaus flüchtet und deren Rabbi zur Stärkung des Mutes mit der Vorlesung der Bibel beginnt. Aus dieser Vorlesung wächst das visionäre Drama, das monumental, ohne psychologische Konturierung oder Umdeutung, zu dem realen Vordergrund, den es überhöht, steht.

## Großmutter muß wandern

Es wird jedem politischen Leiter verboten, zwecks Nachforschung seiner arischen Abstammung im Ausland mit den entsprechenden deutschen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen direkt in Verbindung zu treten.

Aus einem Erlaß des Bayreuther Gauamtsleiters, veröffentlicht in der „Bayerischen Ostwacht“.

Die Gebeine der arischen Großmütter scheinen sich demnach, um den ständigen Belästigungen zu entgehen, ins Ausland geflüchtet zu haben.

## Die drei F!

Die Nummer des „Völkischen Beobachters“ vom 17. September enthält auf ihren ersten beiden Seiten Bericht über folgende Veranstaltungen:

- Westfalentag im Münsterland,
- Westdeutsche Funkausstellung (Köln),
- Grenzlandschau für Bauernkultur (Bad Kreuznach),
- Straßenbaukongreßteilnehmer am Tannenbergsdenkmal, Ausstellung „Deutsche Arbeit im deutschen Westen“ (Essen),
- Kurbessischer Kreisopfertag (Kassel),
- Festwoche des Deutschen Auslandsinstituts (Stuttgart),
- Gebietsführertag der HJ. (München),
- Immer noch Feste, Feiern, Feuerwerk — je größer die Not, um so mehr! Es fehlt nur das „Fest des verhungerten Arbeiters“!

Der deutsche Export hat in einer Branche um ein Vielfaches zugenommen, in der illegalen Wigbranche wimmelt!

„Wie alt wollen Sie werden?“  
„Tausend Jahre!“  
„Warum so lebensüberdrüssig?“



## So war es in Versailles... Von Victor Schiff

### Die deutschen Gegenvorschläge

Deutschland bietet an . . .

Und nun folgen Deutschlands positive Angebote:

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen. Es gibt die allgemeine Wehrpflicht auf und verringert, von Uebergangsbestimmungen abgesehen, sein Heer auf 100 000 Mann. Es verzichtet sogar auf die Schlachtschiffe, die ihm seine Feinde noch lassen wollen. Aber es setzt voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird. Es setzt voraus, daß ein echter Völkerbund entsteht, der alle Nationen einschließt, die guten Willens sind, auch die Feinde von heute. Der Bund muß von einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit getragen werden und über eine Zwangsgewalt verfügen, die stark und zuverlässig genug ist, um die Grenzen seiner Mitglieder zu schützen.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wünscht aber dort freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen, an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meer unter internationaler Garantie zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die vorwiegend dänischen Gebiete Schlesiens werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Oesterreich und Böhmen geachtet wird. Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Milliarden Mark Gold in unverzinslichen Jahresraten. Diese Raten sollen grundsätzlich einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Reichs- und Staatseinnahmen ausmachen. Die Rate wird dem früheren Friedensbudget nahekommen. In den ersten zehn Jahren soll die Rate je eine Milliarde Gold nicht übersteigen. Der deutsche Steuerzahler soll nicht weniger belastet sein als der des höchstbelasteten in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Staates. Deutschland setzt hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhält.

4. Deutschland ist bereit, seine gesamte wirtschaftliche Kraft dem Dienst der Wiederherstellung zu widmen. Es wünscht bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich werktätig mitzuarbeiten. Für den Produktionsausfall der zerstörten Gruben Nordfrankreichs sollen während der ersten fünf Jahre bis zu 20 Millionen Tonnen Kohle jährlich geliefert werden. Deutschland wird weitere Kohlenlieferungen für Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg ermöglichen. Ferner ist Deutschland zu bedeutenden Lieferungen von Benzol, Steinkohlenteer, schwefelsaurem Ammoniak sowie Farbstoffen und Arzneimitteln bereit.

5. Schließlich bietet Deutschland an, seinen gesamten Handelschiffraum in einen Weltpool einzubringen, einen Teil der Frachten dem Gegner zur Verrechnung auf den Schadenersatz zur Verfügung zu stellen und ihnen für eine Reihe von Jahren auf deutschen Werften Tonnage in einer ihre Forderungen übersteigenden Höhe zu bauen.

6. Zum Ersatz der in Belgien und Nordfrankreich vernichteten Flußschiffe bietet Deutschland Flußfahrzeuge aus eigenem Bestande an.

7. Deutschland glaubt, zur beschleunigten Erfüllung seiner Entschädigungsfrist in der Ueberlassung von industriellen Beteiligungen, insbesondere an Kohlengruben zur Sicherung der Kohlenbezüge, einen geeigneten Weg zu sehen.

8. Deutschland will, in Uebereinstimmung mit dem Willen der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, die Arbeiter in allen Ländern frei und gleichberechtigt sehen. Es will ihnen im Friedensvertrage das Recht sichern, über die Sozialpolitik und Sozialversicherung selbst entscheidend mitzustimmen.

9. Die deutsche Delegation stellt erneut ihre Forderung nach einer neutralen Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges. Eine unparteiische Kommission sollte das Recht haben, die Archive aller kriegführenden Länder einzusehen und alle hauptbeteiligten Personen verantwortlich zu vernehmen. Nur die Zuversicht, daß die Schuldfrage unbelastet geprüft wird, kann den verfeindeten Völkern die Gesinnung geben, die notwendig ist, um den Völkerbund zu bauen. Das sind nur die wichtigsten Vorschläge, die wir zu machen haben. Wegen weiterer großer Opfer sowie wegen der Einzelheiten verweist die Delegation auf die Denkschrift und ihre Anlage.

#### Ein letzter Appell

Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns gesetzte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen. Eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden sind. Die Empfindungen der Völker, die so ungeheure Opfer gebracht haben, verlangt, daß die Bestimmung über ihr Geschick in offenem, rückhaltlosem Gedankenaustausch erfolgt nach dem Grundsatz: „Offene Friedensverträge, die offen zustande gekommen sind; und danach sollen keine internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr geheim getroffen werden, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt arbeiten.“ Deutschland soll den ihm vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu heilig, als daß es sich dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einstehen kann. Wohl haben immer wieder in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die Friedensverträge der Großmächte das Recht des Stärkeren verkündet. Aber jeder von diesen Friedensschlüssen gehört zu den Urhebern oder Verlängerern des Weltkrieges. Wo in diesem Kriege der Sieger zum Besiegten gesprochen, in Brest-Litowsk und Bukarest, waren seine Machtworte nur eine Aussaat künftigen Unfriedens. Die hohen Ziele, die zuerst unsere Gegner für ihre Kriegführung aufgestellt haben, das neue Zeitalter gesicherten Rechtsfriedens, erfordern einen Vertrag von anderer Gesinnung. Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister kann einen Dauerfrieden schaffen. Wir täuschen uns nicht darüber, wie stark der Haß und die Erbitterung sind, die dieser Krieg erzeugte; und doch sind die Kräfte, die für eine Einigung der Menschheit am Werke sind, jetzt stärker als je zuvor. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Friedenskonferenz von Versailles, diese Einigung herbeizuführen.

#### Berufung auf die 14 Punkte Wilsons

Diese Mantelnote war die knappe Zusammenfassung einer sehr ausführlichen Denkschrift, in der zu den einzelnen Bedingungen des uns übermittelten Entwurfs eingehend Stellung genommen wurde. Diese Stellungnahme wurde in jedem einzelnen Falle besonders begründet. So entstand ein umfangreiches Dokument, das als Ersatz für die verweigerten mündlichen Verhandlungen dienen sollte.

Leitender Gedanke dieser Gegenvorschläge war, daß wir versuchen müßten, die Gegner zu den 14 Punkten Wilsons zurückzuführen. Jeder unvoreingenommene Beurteiler wird heute zugeben müssen, daß das deutsche Angebot dem Wilson-Programm unvergleichlich besser entsprach, als der Entwurf der Sieger. Und wer wird bestreiten wollen, daß Europa heute viel friedlicher sein würde, wenn man auf dieses Angebot eingegangen wäre? Damals freilich dachten die Sieger nur an eine Art des „Friedens“; nämlich an die größtmögliche Schwächung Deutschlands auf allen Gebieten und mit allen Mitteln: wirtschaftlichen, territorialen, strategischen, moralischen. So war das Wilson-Programm mißbraucht worden, um alles aus ihm herauszuholen, was sich gegen Deutschland anwenden ließ. Dort, wo es zugunsten des deutschen Standpunktes sprach, hatte man sich einfach darüber hinweggesetzt.

#### Westen und Osten

Es war wohl ein Fehler, daß die deutschen Gegenvorschläge die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in einem Atemzuge für die Deutschen in Oesterreich und in Böhmen forderten. Etwas mehr realpolitische Geschmeidigkeit wäre hier angebracht gewesen, um nicht das Durchführbare durch das Unerreichbare zu belasten. In bezug auf Elsaß-Lothringen wurde eine Volksabstimmung gewünscht — nicht gefordert. Auch diese Anregung war unter den damaligen Verhältnissen eine Illusion. Seit ihrem Einzug in Straßburg war für die Franzosen die Parole Poincarés „Le plébiscite est fait!“ — „Die Abstimmung ist vollzogen!“ feststehender Grundsatz. Heute allerdings bedauern manche kluge Franzosen angesichts der autonomistischen Bestrebungen, daß sie damals jene Volksabstimmung so hochmütig ablehnten, die ihnen zweifellos einen überwältigenden Erfolg gebracht und allen späteren Rekriminationen einen Riegel vorgeschoben haben würde.

Im Osten war das deutsche Angebot gewiß sehr weit entfernt von den ursprünglichen Forderungen der Sieger. Indessen war es nicht möglich, so gleich unser letztes Wort auszusprechen. Gegenüber den Maximalforderungen der Entente war es notwendig, eine Art Mindestangebot zu unterbreiten, in der Hoffnung, daß man sich schließlich auf einer mittleren Linie einigen würde. Diese mittlere Linie wäre eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten gewesen. Bezüglich Oberschlesien war man relativ unbesorgt; hatten doch die Wahlen zur Nationalversammlung in dieser Provinz trotz polnischer Stimmenthaltungssparole eine Beteiligung von rund 60 Prozent für die verschiedenen deutschen Listen ergeben. Posen dagegen galt von vornherein als verloren. Am schwierigsten war das Problem Westpreußen-Danzig. Die Schaffung des Korridors zu vermeiden, war das Hauptziel der deutschen Abordnung. Demgegenüber stand das Versprechen Wilsons an Polen, ihm einen freien Zugang zum Meere zu verschaffen. Eine Volksabstimmung in Westpreußen einschließlich Danzigs hätte eine überwältigende Mehrheit für Deutschland ergeben, ohne Danzig war das Ergebnis zumindest zweifelhaft. Auch hier hoffte man durch das Angebot von polnischen Freihäfen an der Ostsee, von

Eisenbahnverträgen und Flußschiffahrtsabkommen die Grundlage für eine Einigung auf der mittleren Linie zu schaffen.

#### Tiefstes Mißtrauen!

Alles in allem waren die deutschen Gegenvorschläge in territorialer Hinsicht durchaus fair und es hätte sich auf dieser Grundlage zweifellos eine Einigung erzielen lassen können, wenn nicht vor allem Frankreich durch den Gedanken hypnotisiert gewesen wäre, Deutschland im Osten zu zerstückeln. Dieser Gedanke entsprang vorwiegend militärisch-strategischen Erwägungen: Frankreichs traditionelle Politik vor dem Kriege beruhte auf dem Bündnis mit Deutschlands Nachbarn im Osten, Rußland. Damals kümmerte man sich herzlich wenig um die „polnische Freundschaft“, die sentimentalischen Erinnerungen an die polnischen Freiheitskämpfe wurden der diplomatischen und militärischen Solidarität mit dem zaristischen Rußland schlankweg geopfert. Nach dem Abfall Sowjet-Rußlands von der Entente wurde Polen die frühere militärische Aufgabe Rußlands gegen Deutschland zugeordnet. Man verbrämte diese Politik mit den auf einmal wieder entdeckten althergebrachten Sympathien der westlichen Demokratien für das polnische Freiheitsstreben, aber das wahre Motiv war rein strategischer Natur. Darin hat sich seit zehn Jahren leider nicht viel geändert, aber einsichtiger und wirklich demokratische Franzosen erkennen immer deutlicher, daß die deutsch-französische Verständigung mindestens so wichtig auch im französischen Interesse ist, wie eine hundertprozentige Solidarität mit Polen. In den Zeiten von Versailles dachte Frankreich aber an alles andere als an die Möglichkeit einer späteren Versöhnung mit Deutschland. Deutschland mit allen Mitteln auf möglichst lange Zeit niederzuhalten — das war der einzige Gedanke Clemenceaus und seiner Mitarbeiter.

Nicht allein der Haß hatte diese Politik diktiert, sondern vor allem die Angst. Eine nur allzu begreifliche Angst, wenn man bedenkt, welche furchtbaren Prüfungen Frankreich während des Krieges auf eigenem Boden erduldet hatte. Obwohl es fast die ganze Welt auf seiner Seite zählte, während Deutschland von Anfang an nur morsche Staaten als Bundesgenossen gewonnen hatte, war es den Franzosen fünfzig Monate lang nicht gelungen, die Deutschen aus Nordfrankreich und Belgien militärisch zu vertreiben. Den Grad des deutschen Zusammenbruchs erkannte man in Paris nicht, oder man hielt ihn für eine rein vorübergehende Erscheinung. An die geistige Wandlung in Deutschland seit der Revolution wollte man nicht glauben, oder jedenfalls sie nicht zugeben; denn von dem Augenblick an, wo man diese Wandlung anerkannte, wäre man zu einer loyalen Behandlung des besiegten deutschen Volkes, entsprechend den eigenen feierlichen Zusagen, verpflichtet gewesen. Mißtrauen war, teils aus Ueberzeugung, teils aus Berechnung, die Parole der französischen Unterhändler.

#### „Zu höflich, um ehrlich zu sein“

Erst kürzlich hat der hauptsächlich militärische Berater Clemenceaus, General Mordacq, in seinem Erinnerungsbuch über den Waffenstillstand eine Episode erwähnt, die für dieses grundsätzliche Mißtrauen charakteristisch ist. Er schildert, wie am 10. November vorratings der Marschall Foch vom Ort der Waffenstillstandsverhandlungen berichtete,

„daß die deutschen Abgesandten sich besonders entgegenkommend, ja zuvorkommend zeigten und daß sie, um — wie sie sagten — ein überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden, Wert darauf legten, die Stellen anzugeben, an denen sich Erdminen in den von den französischen Truppen neueroberten Gebieten befanden.“

„Zu höflich, um ehrlich zu sein.“ so rief Clemenceau aus, als ich ihm diese ausgezeichneten, aber seltsamen Absichten meldete. . . . „Wie dem auch sei, mit solchen Kerlen muß man vorsichtig sein.“

Das war am vorletzten Tage des Krieges. Aber Clemenceau war sechs Monate später genau derselbe geblieben. Und sein grenzenloses Mißtrauen gegen Deutschland wurde zweifellos von den meisten Alliierten geteilt. Es galt nun in erster Linie, dieses Mißtrauen durch eine weithin sichtbare Tat zu zerstören, oder wenigstens zu erschüttern. Deshalb stellten die deutschen Gegenvorschläge vor allem ein fast restloses Eingehen auf die Abrüstungsbedingungen des Entwurfs dar. Ja, die deutsche Delegation ging sogar spontan noch weiter, indem sie auf die Schlachtschiffe freiwillig verzichtete wollte, die uns der Vertrag beließ (allerdings, wie in der ausführlichen Denkschrift erläutert wurde, unter entsprechenden Gegenleistungen finanzieller Natur). Voraussetzung war lediglich die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Erfüllung des Versprechens einer darauf folgenden allgemeinen Abrüstung auch der Siegerstaaten.

#### Innere Auseinandersetzungen in der deutschen Delegation

Diesem Teil der Antwort waren schwere Kämpfe innerhalb der deutschen Delegation vorausgegangen. Namentlich der General von Seeckt hatte sich gegen die Bereitschaft zum Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht auf das entschiedenste geäußert. Als er mit seiner Ansicht nicht durchdrang, verließ er Versailles mit seinen militärischen Begleitern. Wenn aber heute von deutscher Seite der Versuch gemacht wird, wie das kürzlich in der „Kreuz-Zeitung“ geschehen ist, die Dinge so darzustellen, als wäre auch Brockdorff-Rangau damals von sozialistischer und demokratischer Seite in diesem Punkte überstimmt worden, so ist das eine plumpe Geschichtsfälschung, die man sich nur leisten kann, weil der deutsche Delegationsführer inzwischen gestorben ist. Aber sein Bruder, der Graf zu Rangau, hat inzwischen, obwohl selbst ein durchaus konservativ denkender Mann, mit Recht festgestellt, daß sein Bruder nicht gewohnt war, für Dinge verantwortlich zu zeichnen, die er selbst innerlich nicht billigte.

(Fortsetzung folgt)



# Aus dem Reiche des Saarkommissars Bürckel

## Lebensmittel teurer und schlechter

Ein Bericht aus der Pfalz

Aus der Pfalz erhalten wir von absolut zuverlässiger Seite einen allgemeinen Lagebericht. Im nachfolgenden veröffentlichten wir zunächst die Ausführungen unseres Gewährsmannes über die wirtschaftliche Lage in der Bäckerei-Industrie.

**1. Warenmarkt:** Das Brot wurde nicht teurer, aber schlechter. Preissteigerungen gehen weiter bei Fett, Öl, Textilwaren, Kleidern, Gummi, Holz, Möbel. Ein Fahrradschlauch, der früher 50 Pfennig kostete, kostet z. B. jetzt eine Mark. Das Fleisch ist neuerdings wieder um 6 Pfennig aufgeschlagen, die Würst um 10 Prozent. Margarine, Kaffee und Schokolade sind teurer und schlechter geworden. Beim teurer gewordenen Zucker sieht man schon äußerlich die schlechtere Qualität, er ist grau geworden. Ueber die starke Erhöhung der Futtermittelpreise wird sehr geklagt. Die hohen Mieten sind geblieben und deshalb drückender geworden. Dazu kommt die Erhöhung der Wohlfahrtsabgabe auf die Mieten um 1 Prozent und an einzelnen Orten wurden neu eingeführt, Müllabfuhr und Rechtsgebühren, die auch der Mieter zahlen muß. Für die Knappheit der Textilwaren wird als Beispiel angeführt, daß eine Bestellung für 70 Mark nur mit einer Vierterung für 12 Mark befriedigt wurde. Die Lieferanten haben ihre Kunden verständigt, daß die Bestellungen nur in geringem Umfang zum Teil gar nicht, erledigt werden können. Der künstliche Gummi ist so teuer wie der natürliche. Ein für die Schuhindustrie gelieferter Erbsengummi kann auch schon nicht mehr geliefert werden, weil dazu ein ausländischer Rohstoff erforderlich ist, der fehlt.

**2. Arbeitsmarkt:** Es macht sich überall eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Bei Sulzer wurde in der Vieherei eine ganze Schicht von 84 Mann entlassen. In den Metallbetrieben herrscht großer Rohstoffmangel. Der Baubetrieb Nery hat in Ludwigshafen 33 Mann entlassen. Reusser in Birmaens hat auf einmal 150 Personen entlassen und später einzeln so viele, daß man von 40 Prozent der Belegschaft spricht.

Die Arbeitslosigkeit wurde auch in Ludwigshafen durch verschiedene Tricks verringert. Zunächst werden die jungen Leute zwangsweise zum Arbeitsdienst eingezogen. Hunderte weibliche Erwerbslose wurden ausgeschieden mit dem Vermerk, sie könnten als Hausbedienstete oder Landheiser gehen. Auf diese Weise wurden auch zahlreiche andere Erwerbslose aus der Statistik entfernt, aber sie sind weiter erwerbslos. Arbeitsdienstler, die ihren Dienst absolviert haben, halten oft andere an der Meldung ab, unter Hinweis auf die ungünstigen Verhältnisse.

Die Umfrage wegen der Entlassung der jugendlichen Arbeiter hat bereits begonnen und große Erregung hervorgerufen. In großer Verlegenheit sind viele Handwerker, die ihre Geiellen gerne entlassen möchten wegen Arbeitsmangel, sich aber nicht trauen. In einem Fall wurden 15 Geiellen beschäftigt, von denen jetzt neun entlassen wurden, weil es ganz unmöglich war, sie länger zu halten.

Die Verrichtung des großen Flugplatzes in Birmaens, die bisher durch 1000 bis 2000 Wohlfahrtsarbeiter erfolgt, geschieht jetzt nach den Grundrissen der Notstandsarbeit und unter der Farnung eines Sportplatzes.

**3. Betriebsverhältnisse:** Die Kautschukfabrik in Ludwigshafen arbeitet normal. Jetzt ist ein großer Neubau vorgesehen zwischen Ludwigshafen und Oppau am Sportplatz, über dessen Zweck allerhand Gerüchte im Umlauf sind. Man spricht von Gasifikation, aber auch von künstlichem Benzin. Der Export soll zurückgegangen sein. Das macht sich besonders in der Gerbstofffabrikation bemerkbar.

Die Firma A. Noll, Ludwigshafen, hat ihren Export in Medikamenten erhöht, es geht aber sehr viel nach Italien und Rußland. Zahl der Arbeiter und Arbeitsstunden haben sich nicht verändert.

Der Schuhfabrikbetrieb Roßhaar, Waldschbach, sollte im Frühjahr erweitert werden, aber wegen Rohstoffmangel wurde die Absicht aufgegeben. Jetzt erfolgt die Er-

weiterung doch. Sie wird damit begründet, daß die Firma einen Auslandskredit zum Bezug von Rohstoffen erhalten habe. Sie könne sich das auch leisten, weil durch den starken Export das Auslandsguthaben höher sei, als die Schuld.

Die kleinen Betriebe müssen fast durchwegs einsparen. Auch der größte Betrieb, Rheinberger, mit 2000 Arbeitern, arbeitet erheblich verkürzt, und zwar von 36 bis 40 Stunden. Bei Reusser, der auch annähernd 2000 Arbeiter beschäftigte, wird trotz harter Entlassungen nur 3 Tage gearbeitet.

Von der RSBG. in in den Betrieben sehr wenig zu merken. Sie tritt nur durch die Veranlassungen der „Kraft durch Freude“ in Erscheinung, die hauptsächlich Reisen für besser gestellte Arbeiter und Angestellte organisiert.

Die Vertrauensräte sind für die Arbeiter ganz bedeutungslos, sie nehmen sich ihrer Interessen nicht an. Die Belegschaften sind ganz apathisch geworden, sie lassen sich alles gefallen, weil sie sich nicht wehren können. Soweit die Leute eine Auskluft oder eine Stütze wollen, halten sie sich an die früheren Betriebsräte, deren Ansehen sehr gesunken ist, auch bei früheren Rädikalen. Die Löhne sind in der Kautschukfabrik geblieben. In allen übrigen Branchen sind Abzüge in verschiedenen Formen erfolgt. Besonders die Affordage wurden stark herabgesetzt. In der Schuhindustrie besteht formell der alte Tarifvertrag weiter, aber durch fast allgemeine Umstellung auf Affordage sind erhebliche Senkungen eingetreten. Die willkürlichen Abzüge für allerhand Zwecke waren in letzter Zeit etwas geringer. Für die Zeit ab 1. Oktober ist die Einziehung der Verbandsbeiträge durch den Betrieb angeordnet.

**4. Landwirtschaft:** Die Unruhe über das Erbhofgesetz hat sich noch nicht gelegt. Es sind zahlreiche Streitverfahren eingeleitet, um die Einennung zum Erbhofbauern rückgängig zu machen. Ueber die Zwangszahlung der Kartoffeln herrscht große Unzufriedenheit, weil für jeden Sack ein Betrag von 45 Pfg. angeblich als Steuer in Abzug kommt. Interessant ist, daß man städtische Erwerbslose zwangsweise auf das Land schickte, während ländliche Erwerbslose bevorzugt in den Städten eingestellt werden müssen.

**5. Handel und Gewerbe:** Es wird sehr geklagt, was sich besonders stark bei den Konsumvereinen andrückt, wobei der Einzelhandel nicht gewinnt. Das beweist am besten den Kaufrückgang. Die Reichsausschüsse für Hausreparaturen geben sehr schlecht ein, neue Arbeiten sind sehr selten geworden. Die Wärfenmacher in der Pfalz klagen, weil sie mit einer Anteilung von nur 5 Prozent Devisen das erforderliche Rohmaterial aus Südamerika nicht mehr beziehen können. Große Mengen Material lagern in Holland. Die Kleinbetriebe der Schuhindustrie leiden sehr stark an dem Mangel an Chamois- und Vorkalbsleder sowie an Lederfutter. Wer nicht sehr kreditwürdig ist, kann gar nichts mehr erhalten. Der Großbetrieb Reusser war z. B. stark auf Kredit eingestellt und leidet deshalb genau so stark wie die Kleinbetriebe, die im allgemeinen nur noch gegen bar kaufen können. Wer noch Materialien hat, gibt sie nur gegen bar ab.

Die Stimmung über die Arbeitslosigkeit ist sehr mies, weil die in der ersten Vegetationsperiode oder unter Amang eingestellten Arbeiter, soweit die Entlassung noch verhindert wird, zur Plage geworden sind.

**6. Sozialpolitik:** In Ludwigshafen wurde ein besonderes Büro eingerichtet, um Entlassungen von Unterhaltungs- und Arbeitslosen durchzuführen. Das Vorgehen ist sehr brutal und wäre früher ganz undenkbar gewesen. Für einen Krankenschein müssen jetzt die Erwerbslosen 15 bis 25 Pfg. bezahlen. Die RSBG. Wohlfahrt hat alle anderen Organisationen ziemlich lahmgelegt. Der Betriebsführer ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter ihr Gehörten und daß ihr Beitrag von mindestens 10 Pfg. pro Woche und bei Beamten mindestens 2 RM. pro Monat in Abzug kommt. Die Aktion „Mutter und Kind“ war ein großer Misserfolg.

## Schlechter Gesundheitszustand der Volksschüler

Die Praxis der Nazi-Rassenhygiene

Die Nationalsozialisten versichern bei jeder Gelegenheit, daß es ihnen vor allem darum zu tun sei, eine „erbgelunde Rasse“ aus dem deutschen Volke zu machen. Aber der Nutenordnungsgrünmel sieht in der Praxis ganz anders aus. Die Förderung des Kapitalismus, der unter dem Nationalsozialismus die wildesten Orgien feiert, muß zwangsläufig zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der breiten Massen führen und damit alle Bemühungen zur Schaffung einer „erbgelunden Rasse“ über den Haufen werfen.

Wir haben erst neulich über die Unterernährung der schulpflichtigen Kinder in einem Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebietes berichtet. Aber nicht besser sieht es auch in Gebieten aus, die man nicht als solch ausgesprochene Industriegebiete wie Rheinland-Westfalen, werten kann. Uns liegt beispielsweise der schulärztliche Jahresbericht der Stadt Birmaens vor. Daraus ergibt sich, daß auch im Reichs-Bäckerei, der bayerischen Pfalz, der Gesundheitszustand der Kinder sehr viel zu wünschen übrig läßt.

In dem schulärztlichen Jahresbericht heißt es, daß Heiluren im Schuljahr 1934 „nur in ganz dringenden Fällen“ durchgeführt werden konnten. Wie sehen nun die Schulen im nationalsozialistischen Paradies aus? Der Bericht gibt darüber folgende Auskunft:

Auch der Zustand der Schulhäuser wurde überprüft. Es fehlte nicht an Beanstandungen, insbesondere in den älteren Schulhäusern. Die ruhigen und schmutzigen Bänke, die zerfallenen Böden und splittigen Kleinfestungen konnten mancherorts ebensowenig übersehen werden, wie das erneuerungsbedürftige Treppenaufbau im Exerzierplatzschulhaus und die fast überall zu findenden, ungenügenden Abortanlagen. Die Heizanlage im Exerzierplatzschulhaus wurde als veraltet und ungesund festgestellt. Wörtlich heißt es ferner in dem Bericht: „In erster Linie ist Raumangel vorhanden. Viele Klassenzimmer sind überfüllt. Dieser Zustand wird dadurch noch weiter verschlimmert, daß in Zukunft der Zugang zu den Mittelschulen nachläßt und damit auch die oberen Klassen größer werden. Der Bau eines weiteren Schulhauses wird dringend. Hierbei sei noch erwähnt, daß die Kinder der Siedlungen einen äußerst weiten Schulweg haben. Zum größten Teil sind sie in der Vorkurschule untergebracht. Die Mittagspause wird bei diesen Kindern fast ganz vom Schulweg ausgefüllt.“

Ueber den körperlichen Zustand der Schulljugend gibt der Bericht folgende Einzelheiten:

In sehr gutem körperlichen Allgemeinzustand (1) waren 127 Knaben, 230 Mädchen; im durchschnittlichen, d. h. genügend gutem (2) 769 Knaben, 748 Mädchen, in körperlich schlechtem 266 Knaben und 258 Mädchen. Es entfallen also auf Gruppe 1: 15,2 = 43, 3 = 22 Hundertteile. Unter die dritte Gruppe von 524 entfallen 18 v. H. auf konstitutionell Schwache; Unterernährte 7 v. H.; 3 v. H. Ungepflegte; 15 v. H. unter schlechten häuslichen Verhältnissen stehend; 7 v. H. mit Kopfschmerzen (letztere fast nur Mädchen). Diese Prozentzahlen, die auf die Gesamtzahl der Unterleuchten bezogen sind, zeigen die große Not weiter Volksteile. Abgesehen von den konstitutionell Schwachen verbleibt immer noch eine große Zahl von Kindern, bei denen die häuslichen Lebensbedingungen, sei es infolge Armut oder infolge Verlassens der Eltern, ungenügend sind. Es zeigt sich auch gelegentlich der gesundheitlichen Betreuung der Kinder, daß Mütter durch jahrelange Fabrikstätigkeit zu schlechten Hausfrauen und Kindererzieherinnen geworden sind; manche von ihnen haben infolge früherer Fabrikstätigkeit überhaupt niemals einen Haushalt führen lernen.

Die Zahnpflege läßt in Birmaens noch viel zu wünschen übrig. Fehlende, gesunde Zähne hatten nur 12 v. H. der Kinder, vollkommen sanierte (in Ordnung gebrachte) 14 v. H. Kranke Zähne wurden bei 74 v. H. festgestellt. Die Milchgebisse fanden sich in einem oft ganz verbeerenen Zustande. Im vierten Schuljahr fanden sich die meisten schlechten Gebisse.

## Die Ohrigelge

Hanfstaengl und die Harvard University

Herr Hanfstaengl, der früher einmal an der Harvard-Universität studiert hat und auf diese Tatsache gezierend stolz ist, hat von dieser vornehmsten Beherrschung der USA. eine moralische Ohrigelge erhalten, die eigentlich an Hitler adressiert ist. Hanfstaengl hat der Harvard-Universität eine Spende von 1000 Dollar zukommen lassen, die dazu bestimmt sein sollte, einem Harvard-Studenten ein einjähriges Studium an einer deutschen Universität zu ermöglichen. Daraufhin hat das Rektorat der Universität die Spende zurückgewiesen und in einem Bescheidbrief, gezeichnet von Dr. N. A. Conant, Präsident der Universität, erklärt, daß diese nicht willens ist, eine Gabe von einer Person anzunehmen, die der Führung einer politischen Partei nahe steht, die den deutschen Universitäten den schwersten Schaden zugefügt hat, durch Maßnahmen, die den Grundprinzipien aller zivilisierten Universitäten der Welt Hohn sprechen.

## Hanfstaengl hat eine dicke Haut

Berlin, 8. Okt. (Zupress). Wie berichtet hat die amerikanische Harvard-Universität eine Spende von Hitlers Pressedirektor Hanfstaengl in ausgesprochen beleidigender Form abgelehnt. Nunmehr läßt Herr Hanfstaengl erklären, daß er sein Angebot trotzdem aufrecht erhalte.

## Erntedankfest ohne Diplomaten

Berlin, 2. Okt. Für das Erntedankfest auf dem Bückeburg hatte das Propagandaministerium wie üblich auch das diplomatische Korps eingeladen. Die Einladung wurde jedoch von keinem einzelnen diplomatischen Vertreter befolgt. Die Nazi-Propaganda hat ein Wort darüber zu schreiben, daß ihr kein Anlaß mit dem Nürnberg-Parteitag noch zu leben ist in Erinnerung an den „Völkischen Beobachter“, alle Großmächte seien in Nürnberg vertreten gewesen; worauf sich herausstellte, daß nur der japanische Botschaftler erschienen war.

Der Vertreter des Deutschen Reichs, Herr von Mollat, Dr. Wilhelm Bianchi, ist von den italienischen Behörden aus Italien ausgewiesen worden.

## „Kritik an sich erwünscht“

Aber sie führt zur Entlassung

Berlin, 6. Okt. In den Veröffentlichungen der Deutschen Arbeitsfront wird ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin mitgeteilt und gut geheißen, das ein selbst im „dritten Reich“ ungewohntes Maß von Zynismus aufweist. Ein „Gefolgsmann“ — d. h. ein Arbeiter — hatte einen Bericht über Missetaten in seinem Betrieb aufgestellt und diesen Bericht mit der Bitte um Weitergabe an die Deutsche Arbeitsfront dem Zellenobmann übermittelt. Der „Gefolgsmann“ wurde daraufhin fristlos entlassen und das Landesarbeitsgericht Berlin bestätigte die Entlassung. In der Begründung erklärte das Arbeitsgericht, solche Berichte könnten keineswegs dem Aufbau des deutschen Arbeits- und Wirtschaftslebens fördernd sein, sie seien lediglich geeignet, das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Gefolgsmann zu untergraben. Die Autorität des Betriebsführers wäre gefährdet gewesen, wenn der Berichtschreiber weiter der Betriebsgemeinschaft angehört hätte.

So weit das Urteil des Arbeitsgerichtes. Das Kommentar in den Blättern der Deutschen Arbeitsfront erklärt nun, daß es „wohl manövriert notwendig sei, Mittelungen über Missetaten, die unter dem nationalsozialistischen Deutschland in deutschen Betrieben nicht mehr geduldet werden können, durch die zuständigen Organe der RSBG. an die Deutsche Arbeitsfront gelangen zu lassen.“ Solche Berichte müßten aber „in lotharer und unpersonlicher Form“ gehalten sein, was bei dem Bericht des entlassenen Gefolgsmannes nicht der Fall gewesen sei. Die Deutsche Arbeitsfront blühe daher das Urteil.

Das heißt: Kritik ist an sich erwünscht, und wird bloß mit fristloser Entlassung bestraft. Dies ist der wahre Sinn der vom Führer verkündeten „Betriebsgemeinschaft“.

## Hunger polizeilich verboten

Das sprunghafte Ansteigen der Bettel in Deutschland hat die Hamburger Polizeibehörde zu der folgenden Erklärung veranlaßt: „Aus Publikumsreisen wird geklagt, daß in letzter Zeit das Bettlerumwesen, das so gut wie verschwunden war, sich wieder zu zeigen beginnt. Die Polizei hat daher die nötigen Maßnahmen angeordnet, bittet aber das Publikum um tatkräftige Unterstützung. Wer durch Bettler belästigt wird, weise die Leute grundsätzlich ab und benachrichtige die nächste Polizeiwache.“

## Gegen das Regime Schuschnigg

Erklärung der internationalen Untersuchungskommission

Die Internationale Untersuchungskommission über die Ereignisse in Oesterreich, die ihren Sitz in Paris hat, veröffentlicht aus Anlaß der neuen Verhandlungen über die Unabhängigkeit Oesterreichs eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Untersuchungskommission hat sich davon überzeugt, daß mindestens zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Oesterreichs und vier Fünftel der Bundeshauptstadt Wien im schärfsten Gegensatz zur Regierung Schuschnigg-Starhemberg stehen und von ihr diktatorisch unterdrückt werden, woraus sich auch ergibt, daß diese Regierung keine Stabilität haben kann. Die Internationale Untersuchungskommission über die Ereignisse in Oesterreich erhebt die Forderung, die Regierung Schuschnigg-Starhemberg nicht anzuerkennen, ihr keinerlei politische, wirtschaftliche und finanzielle Garantien zu gewähren, vielmehr zu verlangen, daß sämtliche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bevölkerung Oesterreichs garantiert, das Verbot der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und kulturellen Organisationen jeder Art aufgehoben und sämtliche demokratischen Freiheiten für die Selbstbestimmung und Selbstregierung der Bevölkerung gewährleistet werden.“

Sie protestiert mit aller Schärfe gegen die zahlreichen Hinrichtungen von Arbeitern, die 8000 Jahre Kerker, die gegen Beihilfe an den Februarkämpfen verhängt wurden und gegen die noch schwebenden Prozesse. Sie protestiert mit aller Schärfe dagegen, daß noch immer Tausende von Arbeitern, Intellektuellen und Funktionären von Arbeiterorganisationen teils in Gefängnissen, teils in „Anhaltelagern“ gefangen gehalten werden, ohne daß die Justizbehörden ihnen einen Prozess machen können.“

Die Erklärung der Internationalen Untersuchungskommission über die Vorgänge in Oesterreich ist unterzeichnet: Prof. Paul Langevin, Prof. Fernand Braudel, Prof. Renaud, Jean Paulineve, Andre Malraux, Gabriel Cudenet, Frau Labu-Hollebeane, J. Strachen, Frau Baden-Guest, Dr. Helmut Klob und Jla Chrenbura.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“!



# Frankreichs Stimmungsbarometer

## Einstweilen keine nennenswerten Verschiebungen - Viele Stidwahlen

Paris 8. Okt. Ein um 3,30 Uhr frz. Zl. vom Innenministerium ausgegebenes Wahlergebnis umfasst etwa die Hälfte der Ergebnisse der Kantonalwahlen, und zwar 1318. Danach erhielten:

	Stimmzahl
Konservative 65 (minus 5)	3
Rechtsrepublikaner (Marin) 227 (plus 9)	41
Linksrepublikaner 246 (plus 4)	47
Unabh. Radikale 112 (minus 7)	29
Radikalsozialisten 400 (plus 1)	101
Republ. Sozialisten 48 (plus 3)	25
Neusozialisten 15 (plus 1)	11
Sozial. Partei 58 (minus 5)	48
Kommunisten 11 (minus 1)	3

# Der Aufstand in Spanien

## Das Militär gehorcht den Befehlen der Regierung - Der Aufstand angeblich niedergeschlagen

Die Bildung der neuen Regierung Lerroix hat in Spanien Kämpfe ausgelöst, die den Charakter eines Bürgerkrieges angenommen haben. Die Sozialisten und die Kommunisten haben auf die Regierungsbildung mit dem Generalstreik geantwortet, dem sich auch die Anarcho-Syndikalisten angeschlossen haben. In Madrid und vielen anderen Städten sowie im Kohlenrevier in Asturien kam es zu blutigen Zusammenstößen, aus denen sich regelrechte Schlachten entwickelt haben. Samstagabend wurde in Barcelona Katalonien zur unabhängigen Republik im Rahmen des künftigen spanischen Bundesstaates ausgerufen. Die Truppen der zentralen Regierung haben am Sonntag frühzeitig den Sturm gegen das Regierungsgebäude begonnen. Die katalonische Regierung mußte angesichts der militärischen Uebermacht sich ergeben. Ueber den weiteren Verlauf der Kämpfe in Spanien und insbesondere in Katalonien läßt sich zur Stunde kein klares Bild machen, zumal nur einseitige Informationen von der zentralen Regierung in Madrid vorliegen.

Der Führer der radikalen Partei, Lerroix, hat seine neue Regierung als eine Koalitionsregierung mit den offenen Feinden der demokratischen Verfassung, mit den Monarchisten und den Gruppen, die sich zum Faschismus bekennen, gebildet. Es stand von vornherein fest, daß eine solche Regierungsabstimmung für die ganze republikanische Linke ein Signal zum außerparlamentarischen Kampfe sein würde. Die Kampfanfrage erfolgte nicht nur von Sozialisten und Kommunisten, sondern auch von den bürgerlichen demokratischen Parteien. Während aber sich die letzteren mit dem Abbruch aller Beziehungen zur Regierung begnügten, haben die proletarischen Organisationen den Generalstreik proklamiert, der auch in ganz Spanien im starken Umfang durchgeführt wurde. Die Regierung antwortete sofort mit der Mobilisierung aller bewaffneten Kräfte und mit Tausenden von Verhaftungen. Sie hat am Samstag über das ganze Land den Belagerungszustand verhängt. Die proletarischen Organisationen leisteten einen sehr energischen Widerstand, so daß der Kampf allmählich zu einem bewaffneten Aufstand wurde. Besonders heftig wird im Kohlenrevier in Asturien gekämpft. Da wir in der Hauptsache auf die einseitigen Informationen der Regierung angewiesen sind, erscheint es unmöglich, ein wirklich objektives Bild der Lage zu gewinnen. Es wird aber sogar auf Grund dieser Informationen festgestellt, daß die Lage in Madrid noch unübersichtlich ist und es fraglich erscheint, ob der marxistische Widerstand schon gebrochen ist. Die Regierung kämpft mit der Anwendung aller Kriegsmittel. Die Truppen werden durch die Flugzeuge unterstützt. Schon am ersten Tage wurde die Zahl der Toten offiziell mit 200 angegeben.

Einen besonderen Charakter hat der Kampf in Katalonien angenommen. In dieser Provinz waren immer die Bestrebungen zur Autonomie und sogar zur Abtrennung von Spanien stark verbreitet. Der spanische Republik ist es gelungen, die katalonische Frage zu regeln, indem Katalonien auf seine staatliche Unabhängigkeit verzichtete und sich mit der Lage einer Provinz mit ziemlich weitgehender Autonomie zufrieden gab. Die Rechtsentwicklung der spanischen Politik machte aber die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien wieder lebendig und die neue Regierungsabstimmung hat zum Bruch der katalonischen Provinzregierung mit der Zentralregierung in Madrid geführt. Am Samstagabend hat die katalonische Regierung beschlossen, Katalonien zu einer freien Republik auszurufen. Um 20.17 Uhr erschien der Präsident der katalonischen Regierung Companys auf dem Balkon des Regierungsgebäudes und verlas die Unabhängigkeitserklärung, die von der gewaltigen Menge mit Begeisterung aufgenommen wurde. Die Unabhängigkeitserklärung lautete:

„Katalanen! Die monarchistischen und faschistischen Kräfte haben die Macht ergriffen, um die Republik zu zerstören. So entsteht der Eindruck, daß sich die Republik in großer Gefahr befindet. Alle guten Republikaner halten zusammen, um zu verhindern, daß die Republik zerstört wird. Katalonien kann dem ganzen spanischen Volk, das für die Freiheit kämpft, nicht seine Solidarität verweigern. Katalonien bricht alle Beziehungen mit den Behörden, die in Spanien regieren. Die Regierung proklamiert den katalonischen Staat der spanischen Bundesrepublik. In dieser feierlichen Stunde übernehmen das Volk, die Regierung und das Parlament von Katalonien alle Machtbefugnisse in Katalonien. In einem außerordentlich schweren Augenblick verlangen wir von jedem eine beispielhafte und absolute Disziplin. Die Regierung von Katalonien wird unerbittlich gegen die sein, die die Ordnung verletzen. Es lebe Katalonien und es lebe die Freiheit!“

Die weiteren Vorgänge sind noch nicht ganz klar. Fest steht, daß die Regierungstruppen, die in Barcelona waren (etwa 10.000) und aus den Nichtkatalonien bestanden, den Befehlen der Madrider Regierung Folge geleistet haben. Ihr erster Angriff auf das Regierungsgebäude, der schon am späten Abend am Samstag erfolgte, wurde abgeschlagen. Am nächsten Morgen haben aber die Truppen den Angriff mit solcher militärischen Uebermacht geführt, daß kein Widerstand möglich und die katalonische Regierung gezwungen war, sich zu ergeben. Dagegen ist völlig unbekannt, wie sich die Kämpfe im übrigen Katalonien entwickelten. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung scheint auf der Seite ihrer Provinzregierung zu stehen. Die Madrider Regierung hat nach Katalonien Truppenverstärkungen, militärische Flugzeuge und fünf Kriegsschiffe geschickt. Diese Tatsache steht im offensichtlichen Widerspruch zur Behauptung, daß der Aufstand in Katalonien schon völlig zusammengebrochen sei. Die Berichterstattung aus Spanien wird durch die erfolgte Sperrung aller Gren-

zen und die Ueberwachung aller Telegrafens- und Telefonlinien außerordentlich erschwert.

Von bekannten Persönlichkeiten, die im ersten Wahlgang bereits gewählt sind, sind zu nennen: Die Senatoren Clementel, de Jouvenel, le Troquer, Kannady sowie die Abgeordneten Palmode, Chapedelaine, und Campinchi. Alle vier Minister, die kandidiert hatten (Sarraut, Blandin, Marquet, Marin) sind im ersten Wahlgang gewählt worden.

In einem Auton bei Tarces haben die Wähler gestreift, um gegen die Nichtbewilligung der Ausgaben für die Errichtung einer Schule zu protestieren.

In Marseille feierten nachts junge Leute den Erfolg ihres Kandidaten, indem sie Revolvergeschosse in die Luft feuerten. Einer dieser Schüsse ging einem Passanten in den linken Oberschenkel, so daß er in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

den und die Ueberwachung aller Telegrafens- und Telefonlinien außerordentlich erschwert.

den und die Ueberwachung aller Telegrafens- und Telefonlinien außerordentlich erschwert.

## Noch Immer Kämpfe

dnb. Paris, 8. Okt. Nach einer Mitteilung des spanischen Kriegsministeriums wird in Gijon gekämpft. Die Aufständischen, die sich auf den Berg Santa Catalina zurückgezogen hatten, wurden im Laufe des Sonntagmorgens von dem aus Ferrol gekommenen Kreuzer „Libertad“ unter Feuer genommen.

Der Befehlshaber der Regierungstruppen in Katalonien General Bated ließ in Barcelona sämtliche öffentlichen Gebäude und den Rundfunksender besetzen. In Gerone wurden beim Einzug der Regierungstruppen ein Major und ein Hauptmann getötet.

Im übrigen ist in Madrid das Gerücht im Umlauf, daß die Aufständischen in Asturien ein Gebäude der Marinebesörden in Gijon besetzt haben sollen und jetzt von der Polizei belagert werden.

Eine aus Barcelona berichtete wird, hat der Präsident von Katalonien, Companys, nach seiner Verhaftung erklärt, er übernehme die ganze Verantwortung für das, was innerhalb der Generalität vor sich gegangen sei.

Der Bürgermeister von Barcelona, der ebenfalls verhaftet wurde, hat die Verantwortung, was im Rathaus vor sich ging, übernommen. Wie aus Barcelona weiter verlautet, sind die Regierungstruppen ziemlich erschöpft. Als Verstärkung werden in Barcelona ein Bataillon Infanterie, eine Batterie Fremdenlegion und ein Flugzeugabwehrer erwartet. Vier Torpedogeschwader liegen im Hafen, weitere Verstärkungen sind angekündigt. In Barcelona waren die Nacht über die Straßen gesperrt. Die Zahl der Verhafteten in Barcelona überschreitet 500. Mit der Verwaltung der Generalität Kataloniens ist ein Oberst und mit der Leitung der Stadtverwaltung ein Major betraut worden. Am Laufe der Nacht kam es in Barcelona ebenfalls in den Straßen zu einigen Schießereien.

**Doktor Spezialiste**  
 1 DEUTSCHSPRECHEND  
 Münchener u. Pariser Fakultät  
**17, rue Reaumur**  
 Metro Arts-et-Métiers od. République  
 Ist zurückgekehrt und hat seine Praxis wieder aufgenommen  
**Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Mennerschwäche, Neueste Heilverfahren, Elektrizität.**  
 Harn-, Samen- und Blutanalysen.  
 Mäßige Bedingungen. (Auch für Krankenversicherung.)  
 Täglich von 9 - 1 und 4 - 8,30 Uhr. Sonn- und Feiertags von 9 bis 1 u. auf Remd. v. Tel. Arch. 54-27

Lest regelmäßig die Wochenzeitung  
**WESTLAND**  
 Wecht für die „Deutsche Freiheit“

## BRIEFKASTEN

Registrator. Emigranten kommen an die Saar. Klade des neuen Reiches, Menschen, die von der 14-jährigen Not des deutschen Arbeiters gelebt, Menschen, die aus der Armut der deutschen Völker goldene Schätze geschlagen, kamen an die Saar und schimpften auf Deutschland, Gemein, roh, erbärmlich und forderten vom schaffenden Menschen an der Saar den Landesverrat, mit falschen Parolen, in Wirklichkeit aber aus dem heimlichen Mordgefühl ihrer gelagerten Völkerrückfälle. Emigranten kamen an die Saar, sie nannten sich politische Flüchtlinge und waren vom Staatsdank wegen armerer krimineller Vergehen gesucht. Emigranten kamen an die Saar. Sie verpöhten die politische Klimohäre, nannten sich in wohnsinniger Blindheit, die letzten Deutschen“ und forderten die Welt zum Krieg gegen Deutschland auf. Emigranten an der Saar; ein besonderes Kapitel der Saargeschichte.“ - So steht es in der „Deutschen Front“ über Menschen, die von Nazibanden gelockt und heranzu an die Saar kamen. Der gefaltete Lump, der so schreibt, heißt Karl Wagner. Registrieren wir ihn. Er wird an dem kommenden Tage keine Gelegenheit finden, Emigrant zu werden.  
 Nordsee. Ihrem Briefe entnehmen wir: „Ich will Ihnen einen für Sie wertvollen Beitrag aus einer hiesigen Zeitung übermitteln. Ein nun schon über ein Jahr täglicher Belegter Ihrer Zeitung am hiesigen Bahnhofsplatz. Ich könnte sie nicht mehr missen, obwohl ich Schweizer bin; oft habe ich noch die letzten 20 Kopien für die „Freiheit“ geordert. Ich hatte schon Angst, daß Sie für einige

# „Sehr geehrter Herr Minister“

## Ein Brief, der keinen Erfolg haben wird

Berlin, 8. Oktober. Der Verein der ausländischen Presse zu Berlin hat an den Reichspropagandaminister Dr. Goebbels das folgende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! In seiner Reportage über das Gesamtbild, das sich ihm bot, hat der Funkberichterhalter bei der Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein am Sonntag, 8. August, etwa folgendes ausgeführt: „Und da sitzen die Ausländer, die sicher auch einen starken Eindruck bekommen werden. Dann gehen sie aber und lägen in ihren Zeitungen.“

Der Funkberichterhalter hat also, noch ehe sich die vom Propagandaministerium eingeladenen Gäste an ihre Arbeit machen und ihren Bericht abfassen konnten, diese Gäste bereits vor dem ganzen deutschen Volk diffamiert und sie zu Lügneren gestempelt. Der Vorstand des Vereins der ausländischen Presse legt entschieden Protest gegen eine derartige Verleumdung ein. Er ergreift die Gelegenheit, um mit ernster Sorge darauf hinzuweisen, daß sich seit geraumer Zeit eine schematische Aktion gegen die hier anwesenden Auslandsjournalisten bemerkbar macht. Ausdrücke wie „ausländische Journaille“ sind an der Tagesordnung und die „Auslandspresse“ wird oft als etwas verabscheuungswürdiges hingestellt. Auslandsjournalisten von Rang, darunter Frauen und Männer, die schon seit Jahren sich wohlwollend für Deutschland im Rahmen ihrer eigenen nationalen Möglichkeiten eingesetzt haben, sind bei Veranstaltungen, zu denen sie eingeladen wurden, mit Angriffen auf ihren Stand bedacht worden. Dazu kommt, daß in jüngster Zeit verschiedene Mitglieder des Vereins von Organen der Geheimen Staatspolizei in unwürdiger Weise heimgeführt worden sind. Daß die Hausdurchsuchungen ergebnislos verliefen, ändert nichts an der Tatsache, daß die Opfer solcher Uebergriffe verstimmt und enttäuscht, wenn nicht gar verbittert werden.

Der Vorstand des Vereins der ausländischen Presse hat sich mit dieser Beschwerde an Sie sehr geehrter Herr Minister, gewandt, in der Ueberzeugung, daß ihnen die Geschickliche nicht bekannt sind und daß Sie im gegenseitigen Interesse das Nötige veranlassen werden, um die ausländischen Berufsjournalisten in Zukunft gegen Verunglimpfungen und Schikanen zu schützen.“

Goebbels der Schächer der ausländischen Presse. Auch eine Aufgabe. Er, der in seiner wüsten Rundfunkrede nach dem Mordfest des 30. Juni das Schimpf-Signal gegen die Auslandspresse gegeben hat.

Zeit verboten würden, wegen dem Artikel „Händerbände - Reichspräsident“. Sie haben sich jedoch glänzend aus der Schlinge zu ziehen verstanden und nun proklamieren Sie bei Ihrem Wegener noch einen Prolog. Wärrlich, das nennt man unerschrockene Kämpfer. Wie dochachtung! Sie kennen aber auch Ihren feigen Wegener, der eben nicht imhände ist, mit gelichen Waffen zu kämpfen, sondern nur mit Gewalt. - Es ist sehr interessant, schauherstellen, wie bei uns in der Schweiz die Stimmung gewechselt hat. Während dem Reize hat man hier die täglichen Zeitungen mit den Reueartikeln vom Kriegsschuldverlay verhängen und sich über jeden deutschen Sieg gefreut, wie wenn es einen selbst angehe. Man hat laut sympathisiert mit Deutschland. Und heute? Aber erst seit Hitler. Es wagt selten einer heute drüber an seinem Wagen die Schandkreuzen nicht rechtzeitig zu entfernen. Auch ich persönlich würde solche wegziehen, keine jedoch noch nie Gelegenheit dazu. Untere paar Frontier haben keine Zukunft; sie verlassen der Väterlichkeit. Man braucht ja nur mit dem Finger über den Boden zu zeigen und auf jene „Ersolge“ aufmerksam zu machen. Wärrlich der „Sohn Schweiz“ in „Großdeutschland“ würde diesem Hitler viel Bauschweh bereiten, denn der wäre in seinen 1000 Jahren nicht gleichschaltend. Ich hatte vor einigen Monaten Gelegenheit, mit einem SS-Führer aus München zu verhandeln. Er hatte in der Schweiz Verwandte besucht. Natürlich in Aost. Er war aber hoff von so viel Verleumdung, was ich natürlich zum großen Teil Ihrer Zeitung verdanke. Ich erlaube dann später in dieser Hinsicht, daß er um alle meinen Namen erfahren wollte.“

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann F. H. in Tübingen. für Anleiter: Otto Kubin in Saarbrücken Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schlegelstr. 2. - Schlegelstr. 776 Saarbrücken.

# „Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

	im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,- 0,50
Argentinien	Peso	3,- 1,-
Belgien	belg. Fr.	15,- 5,30
Dänemark	Kr.	3,70 2,30
England	sh	4,- 1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,- 3,75
Holland	fl.	1,50 0,40
Italien	Lire	10,- 5,-
Luxemburg	belg. Fr.	15,- 5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,- 5,30
(Eupen, Malmédy)		
Oesterreich	(verboten)	- -
Palästina	sh	4,- 1,10
Polen	(verboten)	- -
Rumänien	Lei	90,- 30,-
Rußland	Rubel	1,- -
Saargebiet	fr. Fr.	12,- 7,50
Schweden	Kr.	2,60 1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40 0,80
Spanien	Peseta	6,- 2,-
Tschechoslowakei	Kr.	30,- 5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.